

# Vorsitz

*Amtierender Vorsitzender | Ständiger Rat*

*Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden*

*Vorsitzende der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern*

*im Mittelmeerraum und in Asien*

# Der Amtierende Vorsitzende

## *Einleitung*

Slowenien führte in einer schwierigen Periode den Vorsitz in der OSZE. Eine hochrangige Debatte über Bedeutung und Fairness der Arbeit der OSZE hatte das Gefühl einer tiefen politischen Krise entstehen lassen. Mangelnder Konsens der Teilnehmerstaaten über die Beitragsschlüssel der Organisation, die Unfähigkeit, eine Einigung zum Gesamthaushaltsplan 2005 zu erreichen, und eine langwierige Suche nach einem Nachfolger für den scheidenden Generalsekretär hatten die Situation weiter erschwert.

Die wichtigste Herausforderung für Slowenien bestand daher darin, die Organisation wieder in ruhigeres Fahrwasser zu führen, wieder das Gefühl entstehen zu lassen, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, und Maßnahmen zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE zu ergreifen. All dies musste geschehen, während gleichzeitig sicherzustellen war, dass die auf dem Ministerratstreffen von Sofia gefassten Beschlüsse umgesetzt wurden und das politische Tagesgeschäft der Organisation weiterging.

Positiv ist zu vermerken, dass 2005 ein Jahr der Jubiläen war: 30. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki und 15. Jahrestag der Charta von Paris. Dieser Umstand half mit, die historische Bedeutung der OSZE in die richtige Perspektive zu rücken, und veranlasste die Staaten, sich Gedanken über die Zukunft der Organisation zu machen.

Wie üblich musste der Vorsitz auf Unerwartetes gefasst sein. So musste die OSZE 2005 rasch auf Ereignisse in Kirgisistan und Usbekistan reagieren. Außerdem war Slowenien bemüht, die Lösung eingefrorener Konflikte voranzutreiben. Der Vorsitz begrüßte die gemeinsame Erklärung Georgiens und der Russischen Föderation über die Schließung der russischen Militärstützpunkte und militärischen Einrichtungen in Georgien bis 2008.

Im abgelaufenen Jahr wurde auch viel im Zusammenhang mit dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, unternommen: Die so genannten Prager Treffen der Außenminister Armeniens und Aserbaidschans zeigten positive Wirkung und ermöglichten Treffen der Präsidenten der beiden Länder in Warschau und Kasan, wodurch der Prozess zur Lösung des Konflikts um Berg-Karabach neue Impulse erhielt.

Bis Jahresende konnten dank des Berichts eines Weisenrats, hochrangiger Konsultationen und einer Einigung auf einen Reformfahrplan auf dem Ministerratstreffen von Laibach folgende Punkte einer Erledigung zugeführt werden: Es wurde Einigung über die Verteilerschlüssel zum Gesamthaushaltsplan erzielt, ein neuer Generalsekretär ernannt und es wurden Schritte zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE unternommen.

Trotz Fehlens einer Ministererklärung half der Ministerrat mit, sich wieder auf Konstruktives zu besinnen, und er fasste eine Reihe von Beschlüssen zur Stärkung der Fähigkeit der OSZE, sich erfolgreich neuen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit zu stellen, darunter die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, illegaler Handel, illegale Drogen und Terrorismus, sowie zur Ausweitung der Arbeit der Organisation in den Bereichen Menschenrechts-erziehung, Migration, Toleranz und Nichtdiskriminierung, und er verabschiedete einen Beschluss über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE.

Als krönender Abschluss eines erfolgreichen Jahres wurde zum ersten Mal in fünf Jahren der Haushalt fristgerecht verabschiedet.

Slowenien ist stolz darauf, dem neuen OSZE-Vorsitzland Belgien die Organisation in guter Verfassung übergeben zu können – stolz auf ihre Vergangenheit, wohl gerüstet für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit und mit Zuversicht und Innovationsgeist in die Zukunft blickend.

## *Die Reform der OSZE*

Die Reform stand 2005 ganz oben auf der Tagesordnung der OSZE. Die Teilnehmerstaaten der Organisation hatten in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen, dass die Organisation reformiert werden müsse, und mehrere Vorträge hatten dem Thema Reform hohe Priorität eingeräumt. Auf dem Ministerratstreffen von Sofia fassten die Außenminister einen Beschluss (MC.DEC/16/04) über die Schaffung eines Weisenrats zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE, wodurch eine ausführliche Debatte über die Rolle und Reform der Organisation eröffnet wurde. Der Weisenrat erhielt den Auftrag, dem politischen Dialog einen neuen Anstoß und der Organisation eine strategische Vision für das einundzwanzigste Jahrhundert zu geben.

In dem Beschluss wurde ferner der Amtierende Vorsitzende beauftragt, die Mitglieder des Weisenrats nach Konsultation aller Teilnehmerstaaten zu ernennen. Im Februar 2005 wurden sieben namhafte Persönlichkeiten ernannt, die mit der OSZE vertraut sind, wobei auf die Vielfalt der OSZE-Gemeinschaft, einschließlich der Teilnehmerstaaten mit Feldpräsenzen, Bedacht genommen wurde. Die Mitglieder des Weisenrats waren: Botschafter Nikolai Afanasjewski (auf der letzten Sitzung durch Botschafter Wladimir Schustow, Russische Föderation, ersetzt), Botschafter Hans van den Broek (Niederlande), Botschafter Wilhelm Höyneck (Deutschland), Botschafter Kuanysch Sultanow (Kasachstan), Botschafter Knut Vollebaek (Norwegen), der den Vorsitz in den Ratssitzungen führte, Botschafter Richard Williamson (Vereinigte Staaten von Amerika) und Botschafter Miodir „u\_“ul (Kroatien). Das Sekretariat der OSZE leistete aktive Unterstützung und der Amtierende Vorsitzende fungierte als Anlaufstelle für den Weisenrat. Leider müssen wir

berichten, dass Botschafter Afanasjewski starb, bevor der Bericht vorgelegt wurde.

Der Weisenrat tagte zwischen Februar und Juni fünf Mal und traf mit über 30 Experten aus internationalen Organisationen zusammen, darunter die Vereinten Nationen (VN), die Europäische Union (EU), die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und der Europarat sowie *think-tanks* und Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ende Juni legte der Rat den Teilnehmerstaaten über den Amtierenden Vorsitzenden seinen Bericht mit Empfehlungen vor.

In derselben Zeit verfassten andere Personen und Institute Publikationen über die Reform, darunter die Parlamentarische Versammlung der OSZE (in Zusammenarbeit mit der *Swiss Foundation for World Affairs*), das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) und der *Helsinki Monitor*.

Laut dem Beschluss von Sofia sollten im Anschluss an den Bericht des Weisenrats Konsultationen auf hoher Ebene einberufen werden, um dem Ministerratstreffen im Dezember geeignete Maßnahmen empfehlen zu können. Diese Konsultationen fanden im September statt, und ihre Ergebnisse waren Gegenstand einer Arbeitsgruppe über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE unter slowenischem Vorsitz.

Auf dem Ministerratstreffen von Laibach wurde ein wichtiger Beschluss (MC.DEC/17/05) über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE gefasst. Er enthält einen Reformfahrplan und beauftragte den Ständigen Rat mit einer Reihe konkreter reformbezogener Fragen (unter anderem Verfahrensregeln, der Konsultationsprozess, Planung und Effizienz der OSZE-Konferenzen, die Effizienz, Effektivität und Transparenz der Aktivitäten der Organisation, einschließlich ihrer budgetären und außerbudgetären Finanzierung, die Rolle des Generalsekretärs, Modernisierung des Sekretariats, Programmplanung, die Professionalität des OSZE-Personals und themenspezifische Missionen), über die er dem Ministerratstreffen 2006 berichten sollte. Das BDIMR sollte laut diesem Beschluss einen Bericht über die Umsetzung bestehender Verpflichtungen, mögliche zusätzliche Verpflichtungen und Möglichkeiten zur Stärkung und Förderung der wahlbezogenen Aktivitäten der OSZE sowie zur Verbesserung der Wirksamkeit der OSZE-Unterstützung für die Teilnehmerstaaten zur Erörterung auf dem nächsten Ministerratstreffen vorlegen.

### ***Ein Jubiläumsjahr***

1975 endete die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Der KSZE-Prozess und der „Geist von Helsinki“ halfen mit, Spannungen in Europa abzubauen, und trugen zum Ende des Kalten Krieges bei. Dies wurde auf dem zweiten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 1990 in Paris mit Anerkennung vermerkt und führte zur Charta von Paris für ein neues Europa.

Dieser Meilensteine in der zeitgenössischen europäischen Geschichte gedachte die OSZE-Gemeinschaft

2005 in Form verschiedener Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Der Amtierende Vorsitzende nahm an den Jubiläumsfeierlichkeiten am 20. Juli in Wien, am 1. August in Helsinki und am 1. Juli auf der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung in Washington teil. Die Veranstaltung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE galt dem Thema „Dreißig Jahre nach Helsinki: Zukünftige Herausforderungen“.

In politischer Hinsicht erinnerten die Jubiläen die Staaten an die historische Bedeutung der KSZE und an die wertvolle Arbeit der OSZE. Man wurde sich wieder der gemeinsamen Geschichte und gemeinsamer Verpflichtungen bewusst, was das Gefühl einer Krise und die kritischen Anmerkungen verringerte und die Staaten veranlasste, diese Gelegenheit zu nutzen und die Weichen für die Zukunft der OSZE zu stellen. Diese Auffassungen kamen am Beginn der Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden auf dem Ministerratstreffen von Laibach ebenso zum Ausdruck wie in der Einleitung des Berichts des Weisenrats und im Beschluss des Ministerrats über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE.

### ***Ein dimensionsübergreifender Ansatz***

Die OSZE weist ihre Themenbereiche traditionell bestimmten „Dimensionen“ zu: der politisch-militärischen, der Wirtschafts- und Umwelt sowie der Menschenrechtsdimension. Gleichzeitig betont sie stets ihr umfassendes Sicherheitskonzept.

2005 wurde ein jüngst aufgetretener Trend zu einem zunehmend dimensionsübergreifenden Ansatz durch die Empfehlungen des Weisenrates sowie durch die Verabschiedung eines gesamtheitlichen Ansatzes zu Fragen wie Migration, Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, illegaler Drogenhandel und Terrorismusbekämpfung weiter verstärkt. Der Ministerrat fasste wichtige Beschlüsse zu diesen Fragen (MC.DEC/3/05, 4/05 und 5/05)

## Bewältigung des Problems der toxischen Raketentreibstoffkomponenten

Die OSZE-Feldmissionen, das Forum für Sicherheitskooperation und das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE befassen sich mehr denn je mit dem zunehmenden Problem alter Lagerbestände von flüssigem Raketentreibstoff, der früher in Raketen und Lenkflugkörpern in der OSZE-Region eingesetzt wurde. Das mit dieser Frage verbundene Risiko – das sowohl politische als auch menschliche und sozioökonomische Aspekte hat – zeigt, wie umfassend der Sicherheitsansatz der OSZE ist.

In den Jahren 2004 und 2005 ersuchten fünf Teilnehmerstaaten aus Osteuropa, Zentralasien und dem Kaukasus die OSZE um Hilfe bei der Entsorgung dieser Lagerbestände, bestehend aus *Mélange* und *Samin*. Sie verfügen nicht über die nötigen technischen, materiellen und finanziellen Ressourcen, um dieses Problem allein zu bewältigen.

*Mélange* wird in der Regel in Stahl oder Aluminiumtanks gelagert, doch korrodieren diese mit der Zeit. Wenn sie undicht werden, kann diese hochtoxische, flüchtige und explosive chemische Substanz die Gesundheit der Bevölkerung gefährden und die Umwelt verseuchen. Die Bodenverseuchung kann nahezu ein Jahrhundert anhalten.

Das Problem ist enorm. Armenien hat 872 Tonnen gelagert, Usbekistan über 1.000 Tonnen, die Ukraine bis zu 17.000 Tonnen, Aserbaidschan 1.000 Tonnen und Kasachstan 1.500 Tonnen.

Angesichts der Größenordnung und der geographischen Reichweite des Problems, hielt die OSZE im Juli in Kiew einen Workshop ab, bei dem die wirksamsten Methoden zur Entsorgung oder Verwertung dieser Lagerbestände erörtert wurden. Bei dieser Veranstaltung bestätigte sich das mit *Mélange* verbundene Risiko sowie die dringende Notwendigkeit einer sicheren Entsorgung, die schwere Umweltkatastrophen und Schäden für den Menschen verhindert.

Bis Ende 2005 hatte die OSZE eine Bewertung der Situation in Bezug auf die Raketentreibstoffkomponente mit Ausnahme Usbekistans in allen Ländern vorgenommen, die um Hilfe ersucht hatten, und damit eine solide Basis für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten ab 2006 geschaffen.

In Armenien machte die OSZE im Laufe des Jahres beachtliche Fortschritte. Die gewählte Methode der Neutralisierung der Raketentreibstoffkomponente ergibt ein positives Nebenprodukt – einen flüssigen mineralischen Bodenzusatz zur Verwendung in der Landwirtschaft. Dieser Zusatzstoff verringert den hohen Säuregehalt im Boden der Region. Zuvor waren 2002 in einem Pilotprojekt 450 Tonnen *Mélange* erfolgreich zu Dünger für den Boden in Westgeorgien umgewandelt worden.

Die letzte und entscheidende Phase des Projekts in Armenien begann im September mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem Büro und dem Verteidigungsministerium über den Beginn der Wiederaufbereitung. Die Aufbereitungsanlage wird im März 2006 ihren Betrieb aufnehmen. Diese Initiative wurde von Finnland, Deutschland, den Vereinigten Staaten und Kanada finanziert.

In der Ukraine sind erschreckende Mengen von *Mélange* vorhanden. Das Projekt wird sowohl hinsichtlich der Kosten als auch des Zeitaufwands das größte sein, das die OSZE in der Ukraine je durchgeführt hat. Zur Finanzierung des Projekts müssen das Sekretariat und der Projektkoordinator in der Ukraine in den kommenden vier Jahren über 10 Millionen Euro aufbringen.

2005 führte ein internationales Expertenteam in Begleitung ukrainischer Behörden zwei Erkundungsmissionen durch, bei denen acht militärische *Mélange*-Lagerstätten besichtigt wurden. Das Team untersuchte auch die industriellen Kapazitäten der Ukraine für die Aufbereitung des toxischen Materials. Es prüfte geeignete Methoden zur Ent-

sorgung bzw. Wiederaufbereitung von *Mélange* sowie die technischen und finanziellen Erfordernisse. Die nächste, bereits laufende Phase befasst sich mit der Mittelbeschaffung, der Budgetierung und der Auftragsvergabe an eine Firma.

OSZE-Experten besuchten im November auch Kasachstan, um sich ein Bild von der Menge und den Merkmalen des vorhandenen flüssigen Raketentreibstoffs sowie von der in der Region und international verfügbaren Aufbereitungstechnologie zu machen und um einen Kostenvoranschlag und einen Zeitplan für die Wiederaufbereitung oder Entsorgung der Treibstoffkomponente vorzulegen. Wie in der Ukraine konzentrieren sich das Sekretariat und die Mission derzeit auf die nächste Phase, die ebenfalls der Mittelbeschaffung, der Budgetierung und der Auftragsvergabe an eine Firma gewidmet ist. Schätzungen zufolge wird für den Entsorgungsvorgang, der 2006/2007 stattfinden soll, eine Million Euro benötigt.

In Usbekistan befinden sich die Lager in Oqtosh in der Region Samarkand. Nach einer OSZE-Mission vor Ort und der Teilnahme Usbekistans am Workshop in Kiew soll das Projekt Anfang 2006 in Angriff genommen werden.

In Aserbaidschan unterstützte die OSZE den Start eines Projekts, das die Modernisierung zweier veralteter Lagerstätten für Raketentreibstoff technisch und finanziell unterstützen soll. Eine internationale Expertengruppe begab sich nach Aserbaidschan, um geeignete Methoden für die Renovierung der Stätten zu ermitteln und festzustellen, welche technischen und finanziellen Mittel erforderlich sind. Es sind noch weitere Informationen und eine eingehende Analyse notwendig, um einen genauen Überblick über den erforderlichen Umfang der Sanierungsmaßnahmen zu gewinnen, die auf das Entsorgungsprojekt unter der Federführung der Nordatlantikvertrags-Organisation folgen sollen.

## ***Das Ministerratstreffen von Laibach***

**Am 5. und 6. Dezember traten die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten in Laibach zum Dreizehnten Ministerratstreffen der OSZE zusammen. Die Minister verabschiedeten 19 Beschlüsse zu den verschiedensten Fragen, darunter die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Menschenrechtserziehung, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Rolle der Frauen in der Konfliktverhütung. Der Ministerrat von Laibach verabschiedete unter anderem folgende Dokumente:**

- Erklärung des OSZE-Ministerrats zum 20. Jahrestag der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl
- Ministererklärung zum Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen
- Erklärung zu Georgien
- Erklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst
- Beschluss Nr. 1 über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE
- Beschluss Nr. 2 über Migration
- Beschluss Nr. 3 über die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität
- Beschluss Nr. 4 über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung
- Beschluss Nr. 5 über die Bekämpfung der Gefahr, die von illegalen Drogen ausgeht
- Beschluss Nr. 6 über weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Containersicherheit
- Beschluss Nr. 7 über die Unterstützung bei der wirksamen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Beschluss Nr. 8 über weitere Bemühungen zur Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition
- Beschluss Nr. 9 über das OSZE-Seminar über Militärdoktrinen
- Beschluss Nr. 10 über Toleranz und Nichtdiskriminierung – Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander
- Beschluss Nr. 11 über die Förderung der Menschenrechtserziehung und -ausbildung im OSZE-Raum
- Beschluss Nr. 12 über die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in Systemen der Strafrechtspflege
- Beschluss Nr. 13 über die Bekämpfung des Menschenhandels
- Beschluss Nr. 14 über Frauen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge
- Beschluss Nr. 15 über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
- Beschluss Nr. 16 über die Gewährleistung höchster Maßstäbe in Bezug auf Verhalten und Verantwortung von Personen, die bei internationalen Truppen und Missionen dienen
- Beschluss Nr. 17 über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE
- Beschluss Nr. 18 über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2008
- Beschluss Nr. 19 über Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE

[www.osce.org/conferences/mc\\_2005.html](http://www.osce.org/conferences/mc_2005.html)

## ***Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension***

Die Umsetzung der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert bildete den Rahmen für die Arbeit in der politisch-militärischen Dimension und ihrer weiteren Stärkung. Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2005 im Juni bekräftigte die fortgesetzte Bedeutung der „ersten Dimension“ und formulierte eine Reihe von Vorschlägen und Empfehlungen, um die Fähigkeit der OSZE zur wirksamen Reaktion auf neue Bedrohungen und Herausforderungen weiter zu stärken. Das Ministerratstreffen von Laibach unterstützte einige dieser Initiativen.

Die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus war wieder ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der OSZE, nachdem terroristische Angriffe im Gebiet der OSZE erneut deutlich gemacht hatten, dass die Staaten im Umgang mit dieser Bedrohung zusammenarbeiten müssen. 2005 untersuchte die OSZE die Zusammenhänge zwischen Terrorismus und Menschenrechten. Das Ministerratstreffen von Laibach verabschiedete Beschlüsse, in denen zur Verstärkung der strafrechtlichen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und die von illegalen Drogen ausgehende Gefahr aufgefordert wurde. Die Aufmerksamkeit richtete sich auch auf die Frage der Containersicherheit. Der Ministerrat fasste einen Beschluss (MC.DEC/6/05) über Maßnahmen zur Erhöhung der Containersicherheit.

Ein spezieller Schwerpunkt war die Bekämpfung der Bedrohungen chemischen, biologischen, radioaktiven und nuklearen Ursprungs. Auf dem Ministerrat wurde ein Beschluss (MC.DEC/7/05) über die Unterstützung bei der wirksamen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Nichtverbreitung verabschiedet. Damit stellte die OSZE erneut ihre Rolle als eine regionale Organisation unter Beweis, die die Umsetzung weltweiter Rechtsakte fördert.

Die Teilnehmerstaaten wurden ferner in einem Ministerratsbeschluss (MC.DEC/8/05) dazu ermutigt, weitere Bemühungen zur Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition zu unternehmen.

Gemäß einem Beschluss des Ministerratstreffens von Maastricht 2003 und in dem Bestreben, das Ziel offener und sicherer Grenzen zu verwirklichen und sich mit grenzüberschreitenden Fragen zu befassen, arbeiteten die Staaten an einem Konzept für Grenzsicherung und -management, das auf dem Ministerratstreffen von Laibach verabschiedet wurde.

Die Aktivitäten der OSZE im polizeilichen Bereich waren ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Fähigkeit der Teilnehmerstaaten, sich neuen Bedrohungen der Sicherheit zu stellen. Diese Tätigkeit bezog sich

vor allem auf den Aufbau von Kapazitäten, einschließlich bürgernaher Polizeiarbeit, Polizeiausbildung und Personalmanagement, sowie auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und auf themenspezifische Aktivitäten wie die Bekämpfung des Menschenhandels, die Verbesserung der Kompetenz von Strafverfolgungsbeamten bei der strafrechtlichen Verfolgung von Straftätern und die Verhütung und Bekämpfung von Hassdelikten. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf Zentralasien, den südlichen Kaukasus und Südosteuropa.

Der Vorsitz stärkte weiter die Zusammenarbeit zwischen dem Ständigen Rat und dem Forum für Sicherheitskooperation (FSK) und förderte aktiv die Agenda des FSK. Er setzte sich für die volle Umsetzung der bestehenden Rüstungskontrollvereinbarungen, für Nichtverbreitung und vertrauensbildende Maßnahmen, ihre rechtzeitige Anpassung und, bei Bedarf, Weiterentwicklung ein. Dazu gehörten verstärkte Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung von Verpflichtungen in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen, Lagerbestände konventioneller Munition und die Entsorgung von flüssigem Raketentreibstoff. Die OSZE machte 2005 einen wichtigen Schritt voran bei der Umsetzung der diesbezüglichen Verpflichtungen (Umsetzung des Kleinwaffen- und Lagerbestände-Projekts in Tadschikistan und ein Raketentreibstoffprojekt in Armenien). Der Informationsaustausch über damit zusammenhängende Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit den VN, der EU und der NATO waren ein wichtiger Teil dieser Bemühungen.

Slowenien setzte sich aktiv für die Idee der Abhaltung eines OSZE-Seminars über Militärdoktrinen ein. Gemäß Beschlüssen des FSK und des Ministerrats findet am 14. und 15. Februar 2006 in Wien ein Treffen statt, bei dem Änderungen in Militärdoktrinen aufgrund neuer Bedrohungen, geänderter Konfliktformen und der Entwicklung neuer Technologien erörtert werden.

## ***Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension***

Slowenien unterstützt ein deutlicheres Profil der Wirtschafts- und Umweltdimension und ist bestrebt, ihr den ihr zustehenden Platz im dimensionsübergreifenden Ansatz in der OSZE-Arbeit zu sichern. Als ersten Schritt forderte der slowenische Vorsitz eindringlich die volle Umsetzung des OSZE-Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension ein, um die Zusammenarbeit, Good Governance, nachhaltige Entwicklung und den Umweltschutz zu verbessern.

Gemäß Beschluss Nr. 10/04 des Ministerrats von Sofia über die Stärkung der Wirtschafts- und Umweltdimension war ein wichtiger Punkt die Ausarbeitung des Berichts des Unterausschusses für Wirtschaft und Umwelt des Ständigen Rates über die weitere Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit des Wirtschaftsforums. Der Vorsitz des Unterausschusses legte dem Ständigen Rat am 16. Juni einen Bericht vor, der von

## Bekämpfung des Menschenhandels in der Ukraine

Die Ukraine ist bereits seit einigen Jahren als wichtiges Herkunfts- und Transitland für den Menschenhandel bekannt. Bei einer Erhebung aus dem Jahr 2005 durch internationale Organisationen, einschließlich des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen und der OSZE, stellte sich heraus, dass Waisenkinder eine der Gruppen sind, die das größte Risiko tragen, Opfer des Menschenhandels zu werden.

Um hier Abhilfe zu schaffen, startete das Büro des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE ein Pilotprojekt, das ukrainischen Waisenkindern Praktika, Hilfe bei der Arbeitssuche und Lebenskompetenz vermitteln soll. Das Projekt richtet sich an Waisenkinder in der Hauptstadt Kiew und in der Region Charkiw, beides Industriezentren, die viele Arbeitsmöglichkeiten bieten.

Die meisten Waisen besuchen Berufsschulen, um ein Handwerk zu lernen. Nach Abschluss ihrer Ausbildung wird ihnen theoretisch ein Arbeitsplatz garantiert; in der Praxis stehen jedoch nur sehr beschränkt Arbeitsplätze zur Verfügung. Waisenkinder haben bei Schulabschluss oft unrealistische Vorstellungen über die zu erwartenden Arbeitsmöglichkeiten und Löhne, und es werden ihnen keine speziellen Programme angeboten, die sie auf ihre erste Anstellung oder auf ein unabhängiges Leben vorbereiten. Deshalb kündigen viele knapp nachdem sie zu arbeiten begonnen haben und werden so zur leichten Beute für Menschenhändler.

Seit seinem Beginn 2005 half dieses Projekt 60 Jugendlichen in beiden Regionen. Einundzwanzig von ihnen haben eine Anstellung und eine eigene Wohnung gefunden und sind auf dem Weg, erfolgreiche Erwachsene zu werden. Hier sind zwei ihrer Geschichten:

Als das Projekt dem 18-jährigen Waisen Eugen Diduk probeweise eine Beschäftigung als Stuckateur in einer bekannten privaten Baufirma seiner Heimatstadt Charkiw anbot, griff er sofort zu.

Damals war er als ungelernter Teilzeitarbeiter beschäftigt. Obwohl er die Berufsschule 2005 als voll ausgebildeter Stuckateur und Fliesenleger abgeschlossen hatte, konnte er an seiner ersten Arbeitsstelle in einer Fabrik, die er durch Vermittlung einer staatlichen Agentur gefunden hatte, nicht jene Fertigkeiten und Ausbildungsschritte erlernen, die er brauchte, um weiter voranzukommen. Er kündigte und fand Arbeit als ungelernter Arbeiter, doch wurde er schwarz bezahlt, er erhielt das Geld in einem Umschlag, und es war nicht genug, um damit das Auslangen zu finden.

„Ich lebe bei meiner Großmutter. Sie ist schwer krank und ich möchte hart arbeiten und genug verdienen, um ihr alle Medikamente kaufen zu können, die sie braucht,“ sagte Eugen.

Eugen wurde in das OSZE-Programm aufgenommen und schloss im Dezember seine Probezeit bei der Baufirma *Delta Group* erfolgreich ab. Nun hat er dort eine fixe Anstellung bei gutem Lohn. Eugen hat auch einen Mentor, der ihm verschiedene zusätzliche Kenntnisse vermittelt, die am Bau gebraucht werden.

„Bei *Delta* lerne ich nun sehr viel dazu und werde nach meinen drei Probemonaten gut bezahlt. Ich weiß, dass es meiner Großmutter und mir nun gut gehen wird,“ sagte er.

Zur Verbesserung seiner Lebenskompetenz trifft Eugen zwei Mal in der Woche einen Sozialarbeiter, der seine Interessen vertritt, mit ihm seine Finanzen bespricht und ihm beibringt, wie er die Ressourcen der Gemeinde wirksam nutzen kann.

Für die Waise Olga Kanistratenko

kam das Projekt gerade zur rechten Zeit. Die junge Zuckerbäckerin ging 2005 nach vollendeter Ausbildung von der Berufsschule für Lebensmitteltechnologie in Charkiw ab und lebte gemeinsam mit der Familie ihrer Tante in einem Raum in einem Wohnheim. In diesen beengten Wohnverhältnissen war sie unglücklich.

Die Berufsschule fand für sie eine Anstellung in einer Kantine, als sie sich dort einfand, war jedoch keine Stelle frei. Man sagte ihr, sie müsse warten, bis eine Stelle frei werde. Es wurde ihr geraten, schriftlich zu kündigen, wodurch sie die Möglichkeit habe, selbst einen Arbeitsplatz zu suchen.

Leider bedeutete das gleichzeitig, dass sie den so wichtigen Anspruch auf Unterbringung verlor, den die Berufsschulverwaltung für Waisen, die ihre erste Stelle antreten, zur Verfügung stellt. Hätte sie die Stelle behalten, wäre ihr Name auf eine eigene, privilegierte Warteliste für Wohnraumzuteilung gesetzt worden.

„Ich kannte nicht alle meine Rechte als Waise, deshalb kam ich in eine schwierige Lage. Ich wusste nicht, was ich für mich tun sollte,“ sagte Olga.

Mit Hilfe des Projekts fand sie einen neuen Arbeitsplatz im Großkaufhaus „Die große Tasche“. Ihr Sozialarbeiter half ihr, wieder an privilegierter Stelle auf die Wohnungswarteliste gesetzt zu werden. Während der Probezeit bekommt sie ein geringes Gehalt vom Supermarkt und erhält einen Zuschuss vom Projekt.

„Nun weiß ich, an wen ich mich mit meinen Fragen wenden kann, und ich bekomme echte Hilfe. Ich bin diesen Leuten sehr dankbar,“ sagte Olga.

(Nähere Informationen zu diesem Thema finden Sie auf der OSZE-Website [www.osce.org/eea](http://www.osce.org/eea).)

der im Jänner vom Vorsitz eingerichteten Informellen Freundesgruppe des Vorsitzes für die Verbesserung

der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE ausgearbeitet worden war.

Die Priorität des slowenischen Vorsitzes in der Wirtschafts- und Umweltdimension galt der Frage Migration und Integration. Der Vorsitz arbeitete diesbezüglich eng mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA), dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) und Partnern außerhalb der OSZE, darunter die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD), zusammen.

Die Serie von Vorbereitungstreffen für das Dreizehnte Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums begann mit einer Prüfung der durch demographische Entwicklungen verursachten Herausforderungen im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich auf dem ersten Vorbereitungsseminar am 8. und 9. November 2004 in Triest (Italien). Das Seminar legte nützliche Anregungen zu diesem Thema vor.

Das zweite Vorbereitungsseminar am 24. und 25. Januar in Almaty (Kasachstan) entwickelte wertvolle Anregungen in Fragen der Steuerung der Wirtschaftsmigration und deren Auswirkungen auf die Sicherheit. Auf dem dritten und letzten Vorbereitungsseminar erörterten die Teilnehmer die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Integration von Angehörigen nationaler Minderheiten, die Förderung der Integration und die Verhütung von Diskriminierung, integrationsfördernde bildungspolitische Konzepte und die Bedeutung von Good Governance für die Steuerung der Integration. Dieses letzte Vorbereitungsseminar fand am 10. und 11. März in Kiew (Ukraine) statt.

Das Dreizehnte Treffen des Wirtschaftsforums vom 23. bis 27. Mai in Prag befasste sich mit dem Thema „Demographische Trends, Migration und Integration der Angehörigen nationaler Minderheiten – Gewährleistung von Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung im OSZE-Raum“. Zu den über 450 Teilnehmern zählten Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum, des OSZE-Sekretariats und der OSZE-Feldeinsätze, internationaler Organisationen und NROs sowie Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft. Die Themen Demographie, Migration und Integration zählen unverändert zu den wichtigsten Herausforderungen der OSZE-Teilnehmerstaaten und sind ihnen ein wichtiges Anliegen.

Der Vorsitz legte großen Wert auf Folgemaßnahmen zum Wirtschaftsforum. Gemeinsam mit OCEEA, IOM und ICMPD erstellte er im September ein *food-for-thought-paper* über Migrationssteuerung, und gemeinsam mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten erarbeitete er den Entwurf einer Erklärung über die Grundsätze der Integration unter Achtung der Vielfalt. Der in Laibach vom Ministerrat verabschiedete Beschluss über Migration (MC.DEC/2/05) gab den Anstoß zu verstärkten Aktivitäten der OSZE in diesem Bereich. Das Dokument *Co-operation towards better economic migration policies – Proposal for an OSCE contribution* gibt Denkanstöße für die weitere Arbeit im Migrationsbereich im Jahr 2006. Der Vorsitz unterstützte die Organisation des Migrations-Workshops in Zentralasien, eine konkrete Empfehlung des Forums, und wird am gemeinsamen *OSCE-ICMPD Workshop*

*on labour migration in Central Asia* teilnehmen, das am 31. Januar und 1. Februar 2006 in Almaty stattfindet. Der Vorsitz unterstützte die Ausarbeitung des *OSCE-IOM Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies in the Countries of Origin and Destination*, das auf dem vierzehnten Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums Ende Mai 2006 in Prag vorgelegt werden soll.

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

Der Amtierende Vorsitzende unternahm zahlreiche Aktivitäten in der menschlichen Dimension. Einige davon folgten dem üblichen Muster jährlicher Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem BDIMR ausgerichtet werden: das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (das jährliche BDIMR-Seminar) und drei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension. Andere wichtige Aktivitäten waren die Organisation der Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz, die Ausarbeitung eines Zusatzes zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Thema „Berücksichtigung der besonderen Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Kindern als Opfer von Menschenhandel“ sowie die Arbeit im Bereich demokratische Wahlen. Der slowenische Vorsitz initiierte ein Pilotprojekt für Menschenrechtserziehung für Jugendliche im OSZE-Gebiet, womit die in der Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert enthaltenen Erfordernisse in der menschlichen Dimension umgesetzt wurden. Die menschliche Dimension spielt in den Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzenden in regionalen Fragen eine unverändert wichtige Rolle.

Das erste Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension fand am 21. und 22. April in Wien statt. Das Thema „Herausforderungen der Wahltechnik und Wahlverfahren“ wurde gewählt, um allen interessierten Seiten, einschließlich internationaler Organisationen und NROs, Gelegenheit zu geben, Beiträge zur Arbeit in drei Interessenbereichen zu leisten: neue Wahltechniken (Herausforderungen für den Wahlprozess); OSZE-Wahlverpflichtungen (laufende Herausforderungen für die Umsetzung – „Kopenhagen Plus“ als mögliches Mittel zur Verbesserung der Einhaltung); und Wahlbeobachtung (Herausforderungen für die Verbesserung der Rechtmäßigkeit von Wahlen).

Das zweite Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension galt den Menschenrechten und dem Kampf gegen den Terrorismus. Dieses Treffen am 14. und 15. Juli in Wien zeigte Fortschritte in diesem Bereich auf. Im Kampf gegen den Terrorismus bestehen jedoch Bereiche und Situationen, in denen die Achtung der Religions- und Überzeugungsfreiheit verbessert, der Kampf gegen die Folter verstärkt und die Rolle der Zivilgesellschaft weiter gefördert werden könnte. Nach einer äußerst lebhaften Diskussion auf dem Treffen gaben die Regierungen sowie die internationalen und die Nichtregierungsorganisationen mehrere Empfehlungen zum Thema ab. Die Teilnehmerstaaten betonten erneut ihre Entschlossenheit, den Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen als



Verbrechen zu bekämpfen, für das es, was auch immer seine Motivation oder Ursache sein mag, keine Rechtfertigung gibt, und diesen Kampf unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsrecht und dem humanitären Völkerrecht zu führen.

Das dritte Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension befasste sich mit der Rolle von Strafverteidigern für die Gewährleistung eines gerechten Verfahrens. Es fand am 3. und 4. November in Tiflis (Georgien) statt. Es war dies das erste Zusätzliche Treffen, das außerhalb von Wien abgehalten wurde, und auch das erste Treffen, das sich dem Thema Strafverteidiger widmete. Es behandelte Fragen wie den Zugang zu Rechtsberatung, die Zulassung als Anwalt und die Regelungen für die Anwaltschaft sowie die Gleichberechtigung der Parteien in Strafverfahren. Die Teilnehmer richteten viele Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten und an die OSZE und schlugen vor, diese Fragen weiter zu verfolgen.

Das Seminar zur menschlichen Dimension 2005 befasste sich mit Migration und Integration und fand vom 11. bis 13. Mai in Warschau statt. Das Treffen bot eine ausgezeichnete Gelegenheit für ein Bestandsaufnahme der in den Bereichen Migration und Integration von der OSZE und dem BDIMR geleisteten Arbeit. Die abgegebenen Empfehlungen bezogen sich auf die Notwendigkeit eines dimensionsübergreifenden Ansatzes bei der Ausarbeitung einer Strategie im Umgang mit Migrationsfragen und eine Grundsatzklärung zu Fragen der Integration.

Wie vom Ministerratstreffen von Sofia eindringlich gefordert, organisierte der Vorsitz eine Sonderkonferenz über die Fragen, die im Beschluss über Toleranz und Nichtdiskriminierung (MC.DEC/12/04) angesprochen wurden. Die am 8. und 9. Juni in Córdoba (Spanien) abgehaltene OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz verschaffte sich einen Überblick über die 2004 geleistete Arbeit und fasste sie zusammen. Ihre wichtigste Botschaft kam in der Erklärung von Córdoba des Amtierenden Vorsitzes zum Ausdruck (siehe Anhang zu diesem Bericht). Die Konferenz befasste sich einerseits mit verschiedenen Aspekten des Kampfes gegen den Antisemitismus und andererseits mit Methoden zur Bekämpfung anderer Formen von Intoleranz und Diskriminierung, einschließlich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Auf zwei formellen Arbeitssitzungen kam zum ersten Mal im Rahmen der OSZE das Thema der Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen, Muslime und Mitglieder anderer Religionen zur Sprache. In diesen Diskussionen wurde auf die Rolle der Medien, der Bildung, der Strafverfolgung und der Gesetzgebung eingegangen. Sie unterstrichen die zunehmende Notwendigkeit, sich mit Fragen der Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander zu befassen, sowie die Notwendigkeit der vollen Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in diesem Bereich.

Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension fand vom 19. bis 30. September in Warschau statt. Abgehend von den bisherigen Gepflogenheiten stellte das Implementierungstreffen eine thematische Verbindung zwischen drei speziell ausgewählten Themen her: Toleranz und Nichtdiskriminierung, die Lage der Medien in der OSZE-Region und die Rolle staatlicher und nichtstaatlicher Akteure für die Förderung der Medienfreiheit sowie Methoden zur Verhütung und Bekämpfung von Folter.

Der Ständige Rat erarbeitete über die informelle Arbeitsgruppe Gleichbehandlungsfragen und Bekämpfung des Menschenhandels sowie mit Unterstützung der Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels und anderer einschlägiger OSZE-Gremien einen Zusatz zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Thema „Berücksichtigung der besonderen Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Kindern als Opfer von Menschenhandel“, wie dies das Ministerratstreffen von Sofia verlangt hatte. Der Zusatz wurde am 7. Juli vom Ständigen Rat verabschiedet und auf dem Ministerratstreffen von Laibach angenommen.

Der Vorsitz baute in Zusammenarbeit mit der OSZE-Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels bestehende Partnerschaften mit anderen internationalen, zwischenstaatlichen und Nichtregierungsorganisationen aus und gründete mit ihnen die „Allianz gegen den Menschenhandel“. Diese Allianz wurde zu dem Zweck eingerichtet, weitere geeignete und wirksame gemeinsame Strategien zu entwickeln und den Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern einheitliche Reaktions- und Entscheidungshilfen in die Hand zu geben. In diesem Rahmen fanden in Wien drei Hauptsitzungen statt: die Sitzung nationaler Experten vom 28. Februar über Fragen des Schutzes und Beistands für Menschenhandelsopfer, die jährliche OSZE-Konferenz gegen Menschenhandel – mit Schwerpunkt Kinderhandel – am 18. März sowie am 7. und 8. November die OSZE-Konferenz auf hoher Ebene über Zwangsarbeit.

Im Anschluss an das zusätzliche Treffen über Herausforderungen der Wahltechnik und Wahlverfahren im April gab der Vorsitz ein Non-paper über Wahlen heraus, in dem er einen dreistufigen Ansatz vorschlug. Der Vorsitz regte an, das BDIMR möge drei Treffen technischer Experten einberufen, die sich mit folgenden Fragen beschäftigen sollten: mögliche zusätzliche Verpflichtungen bezüglich demokratischer Wahlen, Wahlbeobachtung und neue Stimmabgabetechniken. Im September fand in Warschau ein erstes Treffen über mögliche zusätzliche Verpflichtungen bezüglich demokratischer Wahlen statt. Die an diesem Treffen teilnehmenden Experten schlugen vor, unter dem Schlagwort „Kopenhagen Plus“ Verpflichtungen zu vereinbaren, wie sie in der *OSCE/ODIHR Explanatory Note on Possible Additional Commitments for Democratic Elections* enthalten sind. Diese Frage stand auch auf dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau zur Diskussion, und bei einer Informationssitzung für die Delegationen über „Kopenhagen Plus“ im Oktober in Wien fand diese Idee allgemeine Zustimmung. Ende November veranstaltete das BDIMR in Moskau ein Treffen über

Fragen der Wahlbeobachtung. Der Vorsitzende schlug einen Entwurf für einen Ministerratsbeschluss über die Verbesserung demokratischer Wahlen durch zusätzliche Verpflichtungen vor (Kopenhagen-Plus Dokument), der sich auf drei zusätzliche Verpflichtungen stützte: Transparenz, Rechenschaftspflicht und Vertrauen der Öffentlichkeit.

Nach der Verabschiedung des OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern war der Vorsitz Mitorganisator eines Experten-Workshops über Gewalt gegen Frauen am 28. und 29. April in Paris, zu dem die VN, der Europarat, die EU, die OSZE und andere internationale Organisationen führende Experten für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsandten. Bei dieser Veranstaltung standen drei Aspekte der Gewalt gegen Frauen im Vordergrund: Gewalt in der Familie und im eigenen Heim, Gewalt aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse und sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten.

Der Vorsitz organisierte gemeinsam mit dem BDIMR, dem Europarat, Polen und der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) eine internationale Konferenz, um in der Agenda des 2003 verabschiedeten OSZE-Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti voranzukommen. Die Konferenz im Oktober in Warschau befasste sich mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung politischer Konzepte und Aktionspläne für Roma, Sinti und Traveller sowie mit Maßnahmen gegen das Phänomen der Zigeunerfeindlichkeit in Europa. Die Teilnehmer der Konferenz schlugen vor, 2006 eine Folgeveranstaltung über die abgegebenen Empfehlungen abzuhalten.

In Übereinstimmung mit den Bemühungen der OSZE um Förderung von Toleranz und Bekämpfung von Diskriminierung ernannte der Amtierende Vorsitzende neuerlich Anastasia Crickley zu seiner Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die sich auch mit Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen zu beschäftigen hat, Gert Weisskirchen zum Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Antisemitismus und Ömur Orhun zum Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen.

Der Vorsitz schlug eine Pilotstudie über Menschenrechtserziehung vor, um die Umsetzung der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und anderer einschlägiger OSZE-Verpflichtungen zu verbessern. Das Pilotprojekt wurde allen Teilnehmerstaaten angeboten. Das Unterrichtsmaterial wurde in 16 in den OSZE-Teilnehmerstaaten gesprochene Sprachen, einschließlich Roma, übersetzt. Zu Beginn des Schuljahres wurde das Pilotprojekt für Schüler in Albanien, Aserbaidschan, Belgien, Bulgarien, Deutschland, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Irland, Kroatien, der Russischen Föderation, Serbien und Montenegro, Slowenien, der Türkei und der Ukraine gestartet. Das Lernmaterial mit dem Titel „Unsere Rechte“ stützt sich auf die Konvention

der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes und wurde in Zusammenarbeit mit dem Europarat und einschlägigen NROs entwickelt. Es kann entweder bestehende Methoden und Hilfsmittel ersetzen oder als innovativer Ansatz außerhalb der offiziellen Schulpläne verwendet werden.

Bei allen Aktivitäten und Veranstaltungen zur menschlichen Dimension achtete der Vorsitz sorgsam auf die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und NROs. Unmittelbar nach Beginn seiner Amtsperiode traf der Amtierende Vorsitzende am 13. Januar in Wien mit Vertretern von NROs und der Zivilgesellschaft zusammen, die in der OSZE-Region aktiv sind. Am Vortag der Konferenz von Córdoba hielt der Amtierende Vorsitzende ein Referat vor dem NRO-Forum in Sevilla.

Im Dezember informierte der Amtierende Vorsitzende den VN-Generalsekretär entsprechend dem Ersuchen des Ministerrats von Laibach über das Interesse der OSZE, die Initiative für eine „Allianz der Zivilisationen“ zu unterstützen.

## *Managementfragen*

Eine der ersten Prioritäten des slowenischen Vorsitzes war es, die Verabschiedung des OSZE-Gesamthaushaltsplans für 2005 zu betreiben. Das Fehlen eines genehmigten Haushalts mehrere Monate lang trug zu dem allgemeinen Gefühl der Instabilität bei und gefährdete das effiziente Management der OSZE-Arbeit. Am 12. Mai kam es schließlich zum Konsens, und es wurde ein Haushalt in Höhe von 168,8 Millionen Euro verabschiedet.

Als eine weitere große Herausforderung für den Vorsitz erwies sich die Suche nach einem Nachfolger für Generalsekretär Ján Kubiš, dessen Mandat im Juni ablief. Unter slowenischer Führung einigte man sich auf die Bestellung von Marc Perrin de Brichambaut, der am 21. Juni vierter Generalsekretär der OSZE wurde.

Die Tatsache, dass nach wie vor keine Einigung über die Beitragsschlüssel der Teilnehmerstaaten zum OSZE-Haushalt vorlag, war geeignet, die Arbeit der Organisation ernstlich zu behindern. Glücklicherweise kam es am 25. November nach langwierigen Verhandlungen zu einer Einigung. Schließlich wurde am 20. Dezember der Gesamthaushaltsplan 2006 verabschiedet, erstmals in fünf Jahren innerhalb der in den Finanzvorschriften und einschlägigen PC-Beschlüssen vorgeschriebenen Frist.

## *Regionale Fragen*

### *Südosteuropa*

Die Möglichkeit eines Beitritts zur EU und zur NATO war für die Länder in Südosteuropa der wichtigste Ansporn für die Fortsetzung ihrer Reformprozesse. Zur Unterstützung und Ergänzung ihrer Bemühungen legte die OSZE den Schwerpunkt auf den Aufbau von Kapazitäten und Institutionen in verschiedenen Bereichen. Der Vorsitz ersuchte die OSZE-Missionen, sich dazu zu äußern, inwieweit diese zusätzlichen Anforderungen von ihren Mandaten erfasst sind, wie sie sich

auf ihre aktuellen Programme auswirken und ob sie in der Lage sein werden, ihre Aufgaben ohne Änderung der Mandate oder Programme wahrzunehmen.

Die Förderung der regionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Flüchtlingsrückkehr und zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen und in Fragen der Aussöhnung stand an vorderer Stelle der Tagesordnung. Der Vorsitz veranstaltete in Brijuni (Kroatien) ein Ministertreffen zu Fragen der Kriegsverbrecherprozesse, um eindringlich darauf hinzuweisen, dass die Zusammenarbeit auf allen Ebenen fortgesetzt werden müsse. Ein weiteres Treffen auf Expertenebene fand in Mostar (Bosnien und Herzegowina) statt. Der Vorsitz unterstützte auch den Aussöhnungsprozess („Igman-Initiative“), der die Staatschefs von Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro an einen Tisch brachte.

Der Vorsitz unterstützte die wichtige Rolle, die die OSZE im Kosovo durch ihre größte Mission spielt, und beteiligte sich aktiv an der Arbeit der Lenkungsgruppe (gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der EU) unter Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Søren Jessen-Petersen. In der derzeitigen Situation bedarf das Mandat der Mission noch keiner substantiellen Änderung. Im Verlauf des Jahres widmete sich die Mission weiter ihren Beobachtungsaktivitäten und dem Aufbau von Kapazitäten, wobei sie jedoch genug Raum für die Fortsetzung der Arbeit in einer neuen Struktur nach Abschluss der Statusgespräche ließ. Den Außenstellen der OSZE-Mission wird in naher Zukunft nach Reduzierung der VN-Mission im Kosovo eine größere Rolle zukommen, wodurch sie ideal dafür geeignet sein werden, sich mit dem Aufbau von Kapazitäten zu befassen und die Tätigkeit lokaler Institutionen und der Polizei zu überwachen. Während seiner häufigen Besuche in der Region forderte der Amtierende Vorsitzende wiederholt sowohl von Pri\_tina als auch von Belgrad die Einsicht, dass in den künftigen Statusverhandlungen ein Kompromiss erzielt werden muss und beide Seiten zu erheblichen Zugeständnissen bereit sein müssen.

Hinsichtlich Bosnien und Herzegowina nahm der Amtierende Vorsitzende an einer Gedenkfeier teil, einer Veranstaltung, die für den Aussöhnungsprozess sowohl im Land als auch in Südosteuropa insgesamt von größter Bedeutung war. Während seines Besuchs im September verwies er erneut darauf, dass sich die OSZE nach wie vor für eine politische Stabilisierung einsetzt und die laufenden Reformen befürwortet. Er besprach die politische Lage in Bosnien und Herzegowina, insbesondere angesichts des bei der Polizeireform eingetretenen Stillstands und seiner Auswirkungen auf den europäischen Integrationsprozess, sowie die künftige Struktur der internationalen Gemeinschaft im Land. Gesprächsthemen waren auch die Reformbemühungen im Bildungs- und im Verteidigungsbereich, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und die Verfolgung von Kriegsverbrechen durch inländische Behörden, Demokratisierung und Good Governance sowie andere OSZE-Initiativen. Eine internationale Konferenz aus Anlass des zehnten Jahrestags des Friedensübereinkommens von Dayton

fand unter der Schirmherrschaft des Vorsitzes in Sarajewo statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, den historischen Hintergrund zu beurteilen und mögliche zukünftige Chancen für die Zusammenarbeit im breiteren europäischen und weltweiten Kontext zu erörtern.

Während eines Besuchs in Tirana sagte der Amtierende Vorsitzende, die Parlamentswahlen im Juli seien ein wichtiger Prüfstein für die von Albanien angestrebte euroatlantische Integration und ein Indikator für die politische Stabilität und demokratische Entwicklung des Landes gewesen. Während des gesamten Prozesses leistete die OSZE Unterstützung für die Wahlen in politischer und technischer Hinsicht. Sie entsandte auch eine BDIMR-Wahlbeobachtungsmission, die entsprechend den OSZE-Verpflichtungen zu beurteilen hatte, ob der Wahlprozess mit den Verpflichtungen und Standards für demokratische Wahlen im Einklang stand. Die Rolle der OSZE war rein technischer Natur und politisch neutral; sie konzentrierte sich auf die Sicherstellung fairer und korrekter Wahlen.

Der Amtierende Vorsitzende besuchte im September Skopje, wo er mit Führungspersonlichkeiten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zusammentraf. Er bekundete Sloweniens nachhaltige Unterstützung für die lobenswerten Bemühungen der OSZE Mission in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Justizreform. Er meinte, die Struktur der Feldmission sollte zumindest noch für die Zeit der Parlamentswahlen 2006 intakt bleiben.

### *Osteuropa*

2005 blieb die OSZE der Suche nach einer friedlichen politischen Lösung der Transnistrienfrage verpflichtet, bei der unter voller Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau für die moldauische Region Transnistrien ein Sonderstatus vorsieht. Der Amtierende Vorsitzende besuchte die Republik Moldau im März und im Oktober; bei diesen Gelegenheiten traf er mit Vertretern aus Chi\_in\_u und Tiraspol zusammen. In den Gesprächen kamen alle Fragen im Zusammenhang mit der Lösung der Transnistrienfrage zur Sprache.

Neben seinen Bemühungen um eine verstärkte Suche nach einer politischen Lösung der Transnistrienfrage begrüßte der Vorsitz die Einbeziehung der EU und der USA in den Prozess als Beobachter; gleichzeitig ermutigte er auch zu Kontakten und zu einem Dialog zwischen Chi\_in\_u und Tiraspol und setzte sich für die Wiederherstellung eines für beide Seiten akzeptablen stabilen und dauerhaften Rahmens ein.

In die Lösung der Transnistrienfrage kam neuer Schwung durch den Plan des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko unter dem Namen „Durch Demokratisierung auf dem Weg zu einer Lösung“ und durch einen „Fahrplan“, der auch die Grundlage für die Entsendung einer Grenzbeobachtungsmission der EU an die moldauisch-ukrainische Grenze bildete.

Das Paket von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, das der moldauischen und der trans-

nistrischen Seite im Juli von der Russischen Föderation, der Ukraine und der OSZE präsentiert wurde, zielt auf eine Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens und eine stabile Entmilitarisierung ab.

2005 wurden keine Waffen und Ausrüstungsgegenstände der Russischen Föderation aus der Republik Moldau abgezogen.

Die ersten beiden Besuche in der Region führten den Amtierenden Vorsitzenden in die Ukraine, im Anschluss an die Ereignisse Ende 2004, als über 1.000 Wahlbeobachter am größten Wahlbeobachtungseinsatz in der Geschichte der Organisation teilnahmen. Zum dritten Mal besuchte der Amtierende Vorsitzende die Ukraine im Oktober, um neben anderen Fragen die aktuelle Rolle der OSZE und ihre Zusammenarbeit mit der Ukraine zu besprechen.

Die Ukraine arbeitet mit dem OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine und anderen internationalen Organisationen bei Aktivitäten zur Absicherung und Untermauerung der bereits erzielten demokratischen Fortschritte zusammen. Der Projektkoordinator setzte sich für eine Verbesserung der Wahlordnung und der Wahlpraxis ein, unter anderem durch Einrichtung von Frühwarnsystemen für die bevorstehenden Parlamentswahlen im Jahr 2006, für die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, den Schutz und die Förderung der Medienfreiheit, die Einführung von Gesetzen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Stärkung der inneren Sicherheit sowie der Sicherheit an den Grenzen.

Hinsichtlich Belarus äußerte die OSZE Bedenken angesichts der Lage der Zivilgesellschaft, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Die OSZE beobachtet nach wie vor die Situation der Zivilgesellschaft und arbeitet im Einklang mit dem Mandat des Büros in Minsk mit den belarussischen Behörden weiterhin zusammen, um die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen sicherzustellen.

## **Kaukasus**

Im Südkaukasus spielte die OSZE eine führende Rolle, indem sie mit den Parteien an der Lösung des Konflikts in Südossetien (Georgien) und des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE in Berg-Karabach befasst, arbeitete. In der gesamten Region legt die Organisation den Schwerpunkt auf die Reform der Verfassungen, der lokalen Verwaltung und der Wahlsysteme. Sie setzt sich für die Stärkung der Prinzipien Versammlungsfreiheit und Medienfreiheit ein.

Der Amtierende Vorsitzende besuchte die Länder des Südkaukasus vom 30. März bis 2. April und stattete vom 4. bis 6. September Armenien und Aserbaidschan einen zweiten Besuch ab. Er bestellte Mircea Geoana, den ehemaligen rumänischen Ministerpräsidenten und Amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Jahr 2001, zu seinem Persönlichen Beauftragten für Georgien. Geoana besuchte Tiflis und Zchinwali am 6. und 7. Oktober.

Während ihrer Besuche in Georgien begrüßten der Amtierende Vorsitzende und sein Persönlicher Beauf-

tragter die im Hinblick auf eine Novellierung der georgischen Verfassung geleistete Arbeit und bezeichneten die von Georgien im vergangenen Jahr durchgeführten Reformen als ermutigend.

Im Konflikt in Südossetien (Georgien) vermittelte die OSZE im politischen Prozess und unterstützte die von den Parteien vereinbarte Entmilitarisierung. Der slowenische Vorsitz begrüßte die Unterstützung durch die Venedig-Kommission bei der Ausarbeitung eines konkreten Statusvorschlags für Südossetien durch die georgischen Behörden. Vertrauensbildung und die Sanierung der Wirtschaft sollten Teil eines abgestimmten Vorgehens zur Herbeiführung von dauerhaftem Frieden in dieser seit langem von Konflikten erschütterten Region Georgiens sein.

Das erste Expertentreffen im Rahmen des georgisch-ossetischen Dialogprojekts fand unter der Schirmherrschaft des slowenischen Vorsitzes und des Internationalen Instituts für strategische Studien mit Sitz in London vom 15. bis 18. März in Brdo pri Kranju (Slowenien) statt. Dieses Treffen sollte Gelegenheit zu einem informellen Meinungs austausch über ein breites Spektrum von Fragen betreffend die Beilegung des Konflikts bieten. An dem Treffen nahmen Vertreter des georgischen und des südossetischen Parlaments, der Regierung und von NROs sowie ein Vertreter Nordossetiens teil. Für das Treffen war vorgesehen, dass die Teilnehmer nicht die offizielle Haltung ihrer Organisationen zum Ausdruck bringen, sondern ihre persönliche Meinung äußern sollten.

Der slowenische Vorsitz war auch Gastgeber des Treffens der Gemeinsamen Kontrollkommission für den georgisch-ossetischen Konflikt, das vom 15. bis 17. November in Brdo pri Kranju (Slowenien) stattfand. Bei diesem Treffen rief der Amtierende Vorsitzende die Teilnehmer aus Georgien, der Russischen Föderation sowie aus Nord- und Südossetien dazu auf, eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben, und er legte ihnen eindringlich nahe, ehestmöglich die Voraussetzungen für einen Dialog auf höchster Ebene zu schaffen. Leider konnten auf dem Treffen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien nicht überbrückt werden; beide Seiten äußerten jedoch gemeinsam ihre Unterstützung für ein von der europäischen Kommission finanziertes wirtschaftliches Sanierungsprogramm in der Konfliktzone und die jüngst in Angriff genommene Bedarfserhebungsstudie. Hinsichtlich Abchasien unterstützte die OSZE unter slowenischem Vorsitz nach wie vor den unter VN-Führung stehenden Lösungsprozess, und sie förderte weiterhin die Einrichtung eines gemeinsamen VN/OSZE-Menschenrechtsbüros in der Region Gali, das auch zu einer Rückkehr der Vertriebenen beitragen könnte.

Georgien ersuchte die OSZE um Unterstützung in Fragen des Grenzmanagements und der Grenzsicherung, nachdem das Mandat des Grenzbeobachtungseinsatzes 2004 abgelaufen war. Die OSZE startete im Juni ein Ausbildungsunterstützungsprogramm, das am 21. Dezember um weitere sechs Monate verlängert wurde, um das im Vorschlag enthaltene ursprüngliche Ausbildungsprogramm vollständig durchführen zu können.

## Moldauische Schulen in Transnistrien weiterhin unter Druck

Für die meisten Schüler im OSZE-Raum ist es selbstverständlich, dass ein neues Schuljahr planmäßig in ihrem eigenen Schulgebäude beginnt. Für die 4.200 Schüler in den sechs moldauischen Schulen in der abtrünnigen transnistrischen Region, die in lateinischer Schrift unterrichten, ist dies nicht der Fall.

Die umstrittene Frage der moldauischen Schulen in Transnistrien ist eine ungelöste Hinterlassenschaft des bewaffneten Konflikts zwischen transnistrischen und moldauischen Kräften im Jahr 1992.

Die Behörden im abtrünnigen Transnistrien führten gemäß der früheren sowjetischen Politik wieder das kyrillische Alphabet ein. Die Sowjets betrachteten die moldauische Sprache, bei der es sich im Grunde um die rumänische Sprache Rumänisch handelt, in kyrillischer Schrift als eine vom Rumänischen abweichende Sprache, das in lateinischer Schrift geschrieben wird. Sechs Schulen in der Region boten jedoch weiter Unterricht in Moldauisch/Rumänisch in lateinischer Schrift an und folgten damit den Lehrplänen des moldauischen Unterrichtsministeriums. Unbeirrt durch ständige Einschüchterungsaktionen der örtlichen Behörden unterrichteten die Lehrer über 4.000 Kinder in der Schrift ihrer Muttersprache unter Verwendung des lateinischen Alphabets, zu dem Moldau 1989 zurückkehrte.

„Ich möchte meine rumänische Sprache, die rumänischen Traditionen erhalten, selbst wenn es schwer ist“, sagt Natalia vom Evrica Lyceum in Ribni\_a.

Schwer ist es tatsächlich. Wenn Eltern ihre Kinder in einer der Schulen anmelden, in denen nach einem moldauischen Lehrplan auf der Grundlage der lateinischen Schrift unterrichtet wird, können sie ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die 33 transnistrischen Schulen, die Moldauisch in kyrillischer Schrift unterrichten, sind keine attraktive Alternative: die Schulen folgen einem veralteten Lehrplan mit Lehrbüchern aus der Sowjetzeit.

Außerdem gibt es nirgendwo in der Welt – auch nicht in Transnistrien – höhere Lehranstalten, die Rumänisch in kyrillischer Schrift unterrichten. Durch das Bestehen der Behörden auf der kyrillischen Schrift wird moldauischen Kindern in Transnistrien das Recht auf höhere Bildung in ihrer Muttersprache verwehrt.

In dieser ausweglosen Situation entscheiden sich viele Eltern dafür, ihre Kinder in einer russischsprachigen Schule anzumelden, wo das Ausbildungsniveau halbwegs auf letztem Stand ist. Einige greifen sogar zu drastischeren Maßnahmen: Sie verlassen ihre Heimat und siedeln sich in Moldau rechts des Dnjestr an.

Seit 1994 entwickelt sich jeden Sommer ein Streit darüber, ob die transnistrischen Behörden den Fortbestand der Schulen im folgenden Schuljahr erlauben. Mit Unterstützung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten verstärkt die OSZE-Mission Jahr für Jahr ihre ganzjährigen Vermittlungsbemühungen.

2003 vermittelten das Büro des Hohen Kommissars und die OSZE-Mission in Moldau eine umfassende Vereinbarung, doch die Freude war nur von kurzer Dauer.

Am 15. Juli 2004 stürmte die transnistrische Miliz die moldauische Schule in Tiraspol, zerstörte Teile des Gebäudes und konfiszierte die Einrichtungen und weiteres Schuleigentum. Die transnistrischen Behörden bedrohten auch die in lateinischer Schrift unterrichtenden Schulen in Bendery und Ribni\_a und stellten ihre Strom-, Wasser- und Gasversorgung ein. Daraufhin ergriffen Schüler, Eltern und Lehrer die Initiative und bewachten ihre Schulen Tag und Nacht. Um das potenziell explosive Klima zu beruhigen, übernahmen Mitarbeiter der OSZE-Mission und Kollegen im Sekretariat die Überwachung der Schulen in Bendery und Ribni\_a von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, sieben Tage pro Woche.

Die Mission führte auch Gespräche mit den örtlichen Behörden, die bedauerlicherweise keinerlei Kompromissbereitschaft an den Tag legten. Am 29. Juli stürmte die transnistrische Miliz die Schule in Ribni\_a.

Die Spannungen stiegen, doch die internationale Gemeinschaft blieb hart und bestand darauf, dass die transnistrischen Behörden einem Kompromiss zustimmen. Ende August schließlich stimmten sie zu, die Schulen für die Dauer eines Jahres als Privatschulen zu registrieren, was sie in die Lage versetzte, den Unterricht nach moldauischem Lehrplan in lateinischer Schrift abzuhalten. Vier der sechs Schulen begannen das Schuljahr 2004 wie geplant.

Das Evrica Lyceum in Ribni\_a hatte jedoch noch immer kein Gebäude, da sich die örtlichen Behörden weigerten, die konfiszierten Räumlichkeiten zurückzugeben. Der Unterricht wurde sozusagen im Exil, im Kindergarten einer örtlichen Fabrik, im Oktober wieder aufgenommen.

Die Schule in Tiraspol wurde instand gesetzt. Bis sie am 7. Februar 2005 wieder öffnete, mussten ihre 500 Schüler einen langen Weg in die Schulen benachbarter Dörfer zurücklegen.

Im Sommer 2005 befürchteten Schüler, Eltern und Lehrer, dass sich der Alptraum von 2004 wiederholen könnte. Doch dank der Vermittlungsbemühungen der OSZE-Mission gemeinsam mit den Ko-Mediatoren der ukrainischen und der russischen Botschaft konnte das Schuljahr termingerecht beginnen.

Beginnend mit 28. Februar 2005 fanden in der OSZE-Mission zwischen Bildungsexperten aus Tiraspol und Chi\_in\_u neun Verhandlungsrunden statt. Diese Verhandlungen führten am 1. Juli zu einer Vereinbarung über einen Katalog von Schulstatuten und zur unbefristeten Registrierung der vier moldauischen Schulen, die 2004 auf Zeit registriert worden waren.

„Das bedeutet hoffentlich die lang erwartete Lösung des Konflikts in Bezug auf die Existenz der moldauischen Schulen in Transnistrien,“ sagt Kristin Franklin, die Menschenrechtsbeauftragte der OSZE-Mission.

„Die unbefristete Registrierung bedeutet, dass die örtlichen transnistrischen Behörden sie nun als Rechtssubjekte ansehen.“

Trotz der Einigung harren einige Fragen nach wie vor einer Lösung. Eines der sichtbarsten ungelösten Probleme ist das konfiszierte Schulgebäude des Evrica Lyceums in Ribni\_a.

Der Leiter der OSZE-Mission in Moldau, Botschafter William Hill, sagte: „Die örtlichen Behörden in Ribni\_a haben dieses Gebäude de facto gestohlen. Sie müssen es der Schule ohne weitere Verzögerung und ohne Bedingungen zurückgeben.“

Der Vorsitz begrüßte die gemeinsame Erklärung der Außenminister Georgiens und der Russischen Föderation über die Schließung der russischen Stützpunkte in Batumi und Achalkalaki sowie anderer militärischer

Einrichtungen in Georgien bis zum Jahr 2008. Auf dem Ministerratstreffen der OSZE in Laibach wurde eine Erklärung zu Georgien verabschiedet, die erste nach dem Ministerratstreffen in Porto 2002.

In Armenien und Aserbaidschan sorgte der Amtierende Vorsitzende für eine weitere Verstärkung der Bemühungen der OSZE um Herbeiführung einer dauerhaften Lösung für den Berg-Karabach-Konflikt. Im Verlauf von Besuchen in den beiden Ländern rief der Amtierende Vorsitzende zur Stabilisierung der Lage entlang der Frontlinien auf. Er wies erneut darauf hin, dass jede sich bietende Gelegenheit zur Beschleunigung des Friedensprozesses eingehend erkundet werden sollte, und sagte, dass das persönliche Engagement der Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens im Gefolge der Treffen zwischen den Außenministern ein wichtiger Meilenstein gewesen sei, der den Friedensprozess zusätzlich in Schwung brachte.

Im Februar besuchte eine Erkundungsmission unter der Schirmherrschaft der Minsk-Gruppe die besetzten Gebiete von Aserbaidschan rund um Berg-Karabach, um sich aus erster Hand über den Stand der Konfliktbeilegung in den besetzten Gebieten zu informieren. Die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe trafen mit dem Amtierenden Vorsitzenden in diesem Jahr zwei Mal zusammen, und zwar im März und September. Im Dezember führte die Hochrangige Planungsgruppe der OSZE erstmals seit 1997 wieder eine Erkundungsmission in Armenien und Aserbaidschan durch. Der Amtierende Vorsitzende unterstützte auch die Arbeit seines Persönlichen Beauftragten, Botschafter Andrzej Kasprzyk.

Viel ist im vergangenen Jahr geschehen: Die so genannten Prager Treffen der Außenminister Armeniens und Aserbaidschans hatten insofern positive Auswirkungen, als ihnen Treffen der Präsidenten beider Länder in Warschau und Kasan folgten, die neuen Schwung in den Konfliktlösungsprozess brachten. Der Ministerrat in Laibach verabschiedete eine Erklärung, in der es heißt, dass nun die Zeit gekommen sei, von der Verhandlungsphase in die Entscheidungsphase überzugehen.

In Armenien ermutigte der Amtierende Vorsitzende die Behörden, wichtige Reformen in Angriff zu nehmen, darunter eine Novellierung der Wahlordnung, und die Unparteilichkeit, Professionalität und Transparenz der Wahladministration zu stärken. Er bot Unterstützung durch die OSZE an, etwa im Bereich der Verfassungs- und Wahlrechtsreform, der Medienfreiheit und im Kampf gegen die Korruption.

In Aserbaidschan bekundete der Amtierende Vorsitzende erneut die Bereitschaft der OSZE, die Umsetzung verschiedener Reformen weiterhin zu unterstützen, insbesondere in folgenden Bereichen: Wahlen, Kampf gegen Korruption und Geldwäsche, Diversifizierung der Wirtschaft und Programme für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte.

Unter der Schirmherrschaft des slowenischen Vorsitzes trat vom 18. bis 20. Januar in Laibach die Dritte Plenarversammlung der Südkaukasischen Parlamentarierinitiative zusammen. Diese Initiative bildet einen Rahmen für Dialog, Kontakte, Meinungsaustausch und gemeinsame Analysen zwischen den Parlamenten Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens auf der

Grundlage einer von den drei Parteien am 13. Mai 2003 unterzeichneten Vereinbarung.

## **Zentralasien**

Der Amtierende Vorsitzende besuchte Zentralasien drei Mal. Da er über den Stand der Menschenrechte und Grundfreiheiten besorgt war, sollten seine Besuche vor allem die Notwendigkeit unterstreichen, in der Region die Stabilität zu wahren und demokratische Reformen zu fördern. Der Druck aus der Bevölkerung steigt, wie der Machtwechsel in Kirgisistan oder die gewalttätigen Ausschreitungen in Usbekistan gezeigt haben.

Im Februar besuchte der Amtierende Vorsitzende Kasachstan und Usbekistan, wobei er Alojz Peterle als seinen Persönlichen Beauftragten für Zentralasien vorstellte. Unmittelbar nach den Ereignissen vom März flog er nach Kirgisistan. Im April bereiste er die Region und traf mit Vertretern Kirgisistans, Tadschikistans und Turkmenistans zusammen.

In Kirgisistan war die OSZE sofort vor Ort, um am Abbau der Spannungen mitzuwirken, und sie blieb an vorderster Front der internationalen Bemühungen um Gewährleistung der Stabilität in diesem Land. Der Vorsitz, Teilnehmerstaaten, OSZE-Institutionen und das Zentrum in Bischkek beteiligten sich aktiv an der Entwicklung eines Arbeitsplans zur Unterstützung der kirgisischen Regierung im Umgang mit den Folgen der Ereignisse vom März. (Mehr zu diesem Thema siehe S. 24.)

Das BDIMR beobachtete mit Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung die kirgisischen Präsidentschaftswahlen vom 10. Juli. In seinem Vorbericht stellte das BDIMR fest, dass bei diesem Urnengang spürbare Fortschritte im Sinne der Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen und anderer internationaler Verpflichtungen in Bezug auf demokratische Wahlen gemacht wurden, die Auszählung der Stimmen jedoch als problematisch zu bezeichnen war. Des Weiteren kam das BDIMR zu dem Schluss, dass die grundlegenden bürgerlichen und politischen Rechte im Allgemeinen gewahrt wurden und es ein verbessertes Medienumfeld gegeben habe.

Die Sicherheitslage in Zentralasien, insbesondere in Usbekistan, gibt nach wie vor Anlass zu Besorgnis und erfordert daher kooperative Lösungsansätze. Von der Regierung Usbekistans als Mitglied internationaler Organisationen wird erwartet, dass sie mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeitet, um eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse vorzunehmen, zu denen es im Mai in Andischan gekommen war.

Auf Einladung des Außenministeriums der Republik Kasachstan beobachtete das BDIMR die kasachischen Präsidentschaftswahlen vom 4. Dezember 2005.

Auf Ersuchen des slowenischen Vorsitzes besuchte der Generalsekretär im Juli Usbekistan, wo er mit Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft zusammentraf. Ein Ergebnis des Besuchs war es,

## Die OSZE reagiert auf die März-Ereignisse in Kirgisistan

Nach den Parlamentswahlen im Februar und März 2005 kam es in Kirgisistan zu einem gewalttätigen Ausbruch der seit langem schwelenden Ressentiments. Vereinzelte Proteste unmittelbar nach den Wahlen im Süden des Landes eskalierten zu Großdemonstrationen.

Die OSZE war sofort zur Stelle, um mitzuhelfen, die Krise einzudämmen. Sie war fieberhaft tätig, um sicherzustellen, dass die Behörden nicht versuchen, die Demonstranten mit Waffengewalt in Zaum zu halten. Gleichzeitig bemühte sie sich um die Inangsetzung eines politischen Dialogs zwischen dem damaligen Präsidenten Askar Akajew und seinen Gegnern.

Unmittelbar nachdem die Regierung und die Oppositionsführer zugestimmt hatten, dass die OSZE die Vermittlerrolle übernimmt, flog Alojz Peterle am 24. März in seiner Eigenschaft als Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE nach Bischkek, wo er bemüht war, die politischen Spannungen im Land abzubauen. Es sollte der erste einer ganzen Reihe von Besuchen in den darauf folgenden Wochen sein.

„Ich befand mich mitten in einer Sitzung mit dem damaligen Außenminister Askar Aitmatow, als plötzlich die Nachricht kam, dass das ‚Weiße Haus‘ – der Sitz der Regierung – in Bischkek von Demonstranten gestürmt worden war. Später erfuhren wir, dass der Präsident das Land verlassen hatte,“ schilderte der Persönliche Beauftragte Peterle.

„Diese unerwartete Wendung bedeutete eine tief greifende Änderung meiner Mission, da eine der Verhandlungsseiten verschwunden war. Außerdem war die Sicherheitslage außer Kontrolle geraten. Die

Polizei- und Sicherheitskräfte zogen sich zurück und die öffentliche Ordnung brach zusammen: In der Nacht des 24. März und fast den ganzen nächsten Tag kam es ohne jede Gegenwehr zu weit verbreiteten Plünderungen von Geschäften in der Hauptstadt.

Es war, gelinde gesagt, eine ungewöhnliche Situation: Zu diesem Zeitpunkt gab es im Land de facto zwei Parlamente und verschiedenste demonstrierende Gruppierungen.“

Nach dem eintägigen macht- und sicherheitspolitischen Vakuum stellte die OSZE rasch Arbeitsbeziehungen zur Interimsregierung her und agierte gleichzeitig als neutrale Plattform für den Dialog mit der neuen Führung. Sie übernahm die Rolle einer Koordinationszentrale.

Die OSZE verlangte eindringlich die Wiederherstellung von Recht und Ordnung.

Gemeinsam mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und bilateralen Botschaften in Bischkek, die die führende Rolle der OSZE in diesem Prozess anerkannten, erstellte die OSZE einen Arbeitsplan für sofortige sowie für langfristige Aufgaben und verlagerte somit den Schwerpunkt ihrer Arbeit angesichts der dramatischen politischen Veränderungen im Land. Der Arbeitsplan wurde auf Ersuchen der kirgisischen Regierung und in enger Zusammenarbeit mit ihr erstellt.

Der erste und wichtigste Schritt auf der Liste der erforderlichen Sofortmaßnahmen war es, praktische Hilfestellung bei der Wiederherstellung von Recht und Ordnung zu leisten. Es wurde beschlossen, das gut entwickelte Polizeiunterstützungsprogramm des Büros in Bischkek weiter auszubauen, dessen Ziel

es ist, bis 2010 einen nationalen Polizeidienst einzuführen. Das Büro ergänzte es durch eine Reihe rasch wirkender Initiativen zur Stärkung der Effektivität der Polizei unter anderem im Hinblick auf die Verhinderung einer Eskalation der Kriminalität und die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung.

Im Arbeitsplan war auch vorgesehen, dass die OSZE mit sofortiger Wirkung die wichtige Funktion einer Plattform für den politischen Dialog zwischen den Akteuren ausüben sollte, wobei die Verbesserung des Dialogs zwischen den Behörden und der Zivilgesellschaft sowie wahlbezogene Fragen im Vordergrund standen.

Als weitere Sofortmaßnahme sollte unter anderem die Regierung dazu ermutigt werden, Garantien für örtliche und internationale Firmen zu bestätigen, da zu erwarten war, dass die Ereignisse vom März das Wirtschaftswachstum schwer beeinträchtigen würden. Als weitere Aufgabenbereiche wurden Umweltfragen und die Medienentwicklung festgelegt. Die Redefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie der Zugang zu Informationen wurden als notwendige Voraussetzungen für den Aufbau einer offenen Gesellschaft, vor allem in der Interimszeit, erklärt.

Die OSZE ist sich der Tatsache bewusst, dass zwar kurzfristige Initiativen notwendig waren, dass aber nur ein langfristiger, umfassender Ansatz dauerhafte Stabilität schaffen wird. Auf längere Sicht wird sich die OSZE auf Wahlhilfe, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Polizeireform und die Unterstützung der Gesetzgebung und der Justiz, auf die Entwicklung freier Medien und die Unterstützung der Arbeit der Zivilgesellschaft konzentrieren.

dass Usbekistan die Anwesenheit von BDIMR-Experten als Beobachter bei den Andischan-Prozessen akzeptierte, was jedoch in der zweiten Prozessrunde im November nicht mehr wie versprochen funktionierte. Der Besuch führte zur Wiederaufnahme eines echten Dialogs und zur Herstellung von Arbeitsbeziehungen zwischen der OSZE und Usbekistan. Er sollte auch dazu beitragen, die Rolle des Leiters des OSZE-Zentrums in Taschkent und seine Position vor

Ort unter zunehmend schwierigen Umständen zu stärken.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und Vertreter anderer Organisationen begrüßten die Neuansiedlung von 440 Asylsuchenden/Flüchtlingen aus Usbekistan in Rumänien durch den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR). Der Vorsitz betonte bei mehreren Gelegenheiten, dass die Sicherheit und

das Wohl der Asylsuchenden, die vor den Unruhen in Andischan geflüchtet waren, von den kirgisischen Behörden mit Unterstützung durch UNHCR gewährleistet werden müsse.

### ***Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen***

Der Amtierende Vorsitzende war aktiv darum bemüht, die Beziehungen zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen weiter zu verbessern.

Am 4. März hielt er eine Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und traf mit VN-Generalsekretär Kofi Annan zusammen. Der Vorsitz nahm auch am Sechsten hochrangigen Treffen zwischen den Vereinten Nationen sowie regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen teil, das am 25. und 26. Juli in New York stattfand. Am 21. September sprach der Amtierende Vorsitzende vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen und traf erneut mit dem Generalsekretär zusammen. Bei dieser Gelegenheit bekundete er Unterstützung für die VN-Initiative „Allianz der Zivilisationen“ und rief zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE auf diesem Gebiet auf. Darüber hinaus wurde auf dem Ministerratstreffen in Laibach eine Rolle für die OSZE bei der Förderung des Dialogs zwischen den Zivilisationen skizziert und beschlossen, durch Förderung des interkulturellen und interkonfessionellen Dialogs und die Unterstützung für gegenseitiges Verständnis, gegenseitige Achtung und die Menschenrechte im gesamten OSZE-Raum einen entsprechenden Beitrag zur VN-Initiative „Allianz der Zivilisationen“ zu leisten.

Ein weiterer wichtiger Entwicklungsschritt war ein Kooperationsabkommen zwischen der OSZE und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Zu den Bedingungen eines im Mai verabschiedeten Beschlusses des Ständigen Rates (PC.DEC/673) werden die OSZE-Missionen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro im Namen des Büros der Anklägerin des Strafgerichtshofs Kriegsverbrecherprozesse beobachten.

Im Februar war der Vorsitz bei den jährlichen Zielorientierten bzw. Dreiertreffen in Straßburg zwischen dem Büro der Vereinten Nationen in Genf, der OSZE und dem Europarat vertreten, an denen auch die EU, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Internationale Organisation für Migration teilnahmen.

Der Vorsitz legte erneut Bemühungen an den Tag, um die Beziehungen zwischen der OSZE und der Europäischen Union weiter zu verbessern. Der Amtierende Vorsitzende nahm an zwei EU/OSZE-Troikatreffen teil und nutzte die Position Sloweniens als EU-Mitglied dazu, die Union zu ermutigen, von der Organisation effektiv Gebrauch zu machen. Die Treffen auf Ministeriebene wurden ergänzt durch zwei Treffen auf Botschafterebene zwischen den jeweiligen Troikas der OSZE und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU.

2005 intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat beträchtlich. Der Amtierende Vorsitzende nahm am 16. und 17. Mai in Warschau am Dritten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats teil, wo diesen die Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE zur Kenntnis gebracht wurde.

Der Amtierende Vorsitzende traf im Februar den Vorsitzenden des Ministerkomitees des Europarats und, gemeinsam mit dem Generalsekretär der OSZE, den Generalsekretär des Europarats. Ebenfalls im Februar hielt er im Europarat vor den Stellvertretern der Minister eine Rede über die OSZE-Prioritäten im Jahr 2005. Des Weiteren fand am 18. April eine gemeinsame Sitzung des Ständigen Rates und der Stellvertreter der Minister statt, bei der die Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat erörtert wurde. Die OSZE/Europarat-Koordinationsgruppe nahm ihre Arbeit auf und hielt 2005 zwei Sitzungen ab. Darüber hinaus nahm der Vorsitz im Lauf des Jahres wieder an den regelmäßigen Treffen zwischen der OSZE und dem Europarat auf hoher Ebene und auf Arbeitsebene teil.

Einer seiner ersten Besuche führte den Amtierenden Vorsitzenden am 26. Januar in das NATO-Hauptquartier, wo er vor dem Nordatlantikrat sprach und mit Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zusammentraf. Er sprach im November in Brüssel auch vor dem Euroatlantischen Partnerschaftsrat und im Mai in Aare (Schweden) auf dessen Forum. Der Vorsitz nahm an den regelmäßigen Treffen auf Mitarbeiterbene zwischen dem OSZE-Sekretariat und der NATO teil, die im Lauf des Jahres stattfanden.

Der Vorsitz stand ferner in Verbindung mit regionalen und subregionalen Organisationen. So nahm der Amtierende Vorsitzende beispielsweise am 25. November in Piešťany (Slowakei) am Gipfeltreffen der Zentraleuropäischen Initiative teil und besuchte die Organisation der amerikanischen Staaten.

Der Amtierende Vorsitzende nutzte auch jede sich bietende Gelegenheit, um über die OSZE den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern, indem er etwa mit Führungspersonlichkeiten der Liga der arabischen Staaten und der Organisation der Islamischen Konferenz zusammentraf. Regionale und subregionale Partnerorganisationen und Initiativen wurden regelmäßig zu allen größeren OSZE-Veranstaltungen des Jahres 2005 eingeladen, darunter auch zum Ministerratstreffen in Laibach, wobei sie zu entsprechenden Themen auch das Wort ergreifen konnten. Auch Vertreter einschlägiger Organisationen wurden im Lauf des Jahres eingeladen, vor dem Ständigen Rat zu sprechen.

### ***Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum***

Slowenien bemühte sich sehr darum, die Kooperationspartner der OSZE in Asien und im Mittelmeerraum in den laufenden Dialog und die Aktivitäten einzubeziehen. Der Vorsitzende des Ständigen Rates sprach häufig in den Sitzungen der Kontaktgruppen mit den



## Wahlunterstützung in Afghanistan

**„Die Wahlen 2005 waren als wichtiger Schritt vorwärts im Interesse der Demokratie, der Stabilität und der Menschenrechte in Afghanistan anzusehen.“**

*Aus dem Bericht des OSZE-Wahlunterstützungsteams*

Im September entsandte die OSZE zum zweiten Mal ein Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan, einem ihrer Kooperationspartner. Das 32 Personen umfassende Team sollte dem Land bei der Abhaltung seiner ersten Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzräten seit über drei Jahrzehnten am 18. September Hilfeleistung leisten. Wie schon 2004 anlässlich der Präsidentenwahlen bestand die Aufgabe des Teams eher darin, den Wahlprozess zu analysieren, als seine typischere Rolle als Wahlbeobachter wahrzunehmen.

Vor dem eigentlichen Wahltag traf das Team regelmäßig mit Gremien der Wahlbehörde, Kandidaten und politischen Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Vertretern der internationalen Gemeinschaft zusammen. Am Tag des Urnenganges besuchte das Team rund 250 der 26.500 Wahllokale. Das Team begab sich auch in acht der 32 Provinz-Auszählzentren um die Stimmenauszählung und den Prozess der Stimmenaufteilung zu analysieren.

*„Afghanische und internationale Sicherheitskräfte sorgten bei den Wahlen trotz Vorliegens von Sicherheitsbedrohungen für ein relativ stabiles Umfeld. Im Gegensatz zu 2004 wurde in allen Distrikten gewählt. Es scheinen zwar etwas weniger Wähler als 2004 ihre Stimme*

*abgegeben zu haben, doch zeigte das afghanische Volk erneut lobenswertes Engagement und sehr oft, vor allem im Fall von Frauen, beachtliche Entschlossenheit und bewundernswerten Mut.“*

### **Der Bericht des OSZE-Wahlunterstützungsteams**

Im Interesse künftiger Wahlen machte das Team einige Vorschläge, darunter fünf Empfehlungen allgemeiner Natur:

- 1) Die Kosten künftiger Wahlen müssen leistbarer sein, dennoch muss das Vertrauen in den Prozess erhalten bleiben. Die direkten Kosten der letzten beiden Wahlgänge betragen einschließlich Wählerregistrierung nahezu 300 Millionen US-Dollar, also rund 250 Millionen Euro, die von der internationalen Gemeinschaft aufgebracht wurden.
- 2) Aus technischen Gründen wäre es wünschenswert, dass vor den geplanten landesweiten Wahlen 2009 möglichst wenige Wahlgänge stattfinden. Das Team empfiehlt, die Zeit bis dahin für folgende Maßnahmen zu nutzen: Festigung und Unterstützung des Parlaments und der Provinzräte; Stärkung der afghanischen Wahlbehörde; Durchführung einer bestandfähigen Wählereintragung, Festlegung der Wahlkreise, Einführung eines Meldesystems und Durchführung einer Volkszählung; Aufbau politischer Parteien; Durchführung breit angelegter staatsbürgerlicher Erziehungsprogramme, insbe-

sondere für Frauen, Jugendliche, die ländliche Bevölkerung sowie in den südlichen und südwestlichen Landesteilen.

- 3) Afghanistan muss im Bereich der Justiz Fortschritte machen. Aufgrund eines Wahlgesetzes, das Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Verbindung zu illegalen bewaffneten Gruppen oder anderer Straftaten rechtskräftig verurteilt wurden, das Anreten bei Wahlen verbietet, wurden dreiunddreißig Kandidaten ausgeschlossen. Doch viele Afghanen und Menschenrechtsaktivisten bekundeten ihre Enttäuschung darüber, dass die Namen vieler „Warlords“ oder „Ex-Kommandeure“ mit Verbindung zur gewalttätigen Vergangenheit Afghanistans auf den Stimmzetteln standen. Die Überprüfung der Kandidaten war wichtig, doch wurden unrealistische Erwartungen in diesen Prozess gesetzt. Das Wahlsystem kann funktionierende Gerichte oder Wahrheitskommissionen nicht ersetzen.
- 4) Staatsbürgerliche Erziehung und demokratisches Verständnis müssen insbesondere in den ländlichen Gebieten einschließlich des Südens und Südostens des Landes verstärkt werden.
- 5) Frauen müssen weiterhin in ihrem Streben nach voller Teilhabe an den politischen Prozessen Afghanistans massiv unterstützt werden.

Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum, um die Partnerstaaten über maßgebliche Fragen auf dem Laufenden zu halten, einschließlich jener, die unmittelbare Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Partnern haben. Die Partnerstaaten wurden auch regelmäßig in den Ständigen Rat eingeladen, unter anderem – und dies zum ersten Mal – zu einer gemeinsamen Sitzung am Rande der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz und zur Schlussitzung der hochrangigen Konsultationen über die Stärkung der OSZE.

Die Themen Migration und Integration, die für den slowenischen Vorsitz von vorrangiger Bedeutung waren, standen im Zentrum des Mittelmeerseminars der OSZE, das am 8. und 9. September in Rabat stattfand. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Amtierende Vorsitzende, dass dem Partnerschaftsprozess der OSZE eine Brückenfunktion zukomme, die Europa, Nordafrika und den Nahen Osten verbindet, und er begrüßte die Tatsache, dass die Partnerschaft immer pragmatischer werde. Migration bringe sowohl für die Herkunfts- als auch die Ziel-länder Probleme hinsichtlich der Sicherheit, des

sozialen Zusammenhalts, der Menschenrechte und der wirtschaftlichen Entwicklung mit sich. Er stellte fest, dass die OSZE sehr viel an Sachwissen einbringen könne, sei es bei der Polizeiarbeit, dem Kampf gegen illegalen Handel und Terrorismus, vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Friedensstiftung, Demokratisierung oder Verhütung ethnischer Konflikte. Seiner Ansicht nach müsse dieses Wissen den OSZE-Partnern und anderen, die sich an den Wertekatalog der OSZE halten, zur Verfügung gestellt werden. Es wurde angeregt, dem Seminar effiziente Maßnahmen folgen zu lassen.

Der Amtierende Vorsitzende nahm am jährlichen Treffen der OSZE mit den asiatischen Partnern teil – der OSZE/Korea-Konferenz über „Neue Sicherheitsbedrohungen und ein neues Sicherheitsparadigma“, die am 25. und 26. April in Seoul stattfand. Bei dieser Veranstaltung sagte er: „Die OSZE bietet ein Modell für multilaterale Sicherheitskooperation, das auch von Nordostasien übernommen werden könnte.“

Gegenstand des Treffens waren die Herausforderungen, die mit den neuartigen und mehrdimensionalen Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität in der Welt verbunden sind und ihrer Art nach eine immer stärkere multilaterale Zusammenarbeit erfordern, auch zwischen Europa und Nordostasien. Die Teilnehmer erörterten neue Sicherheitsbedrohungen und entsprechende Gegenmaßnahmen sowie die Notwendigkeit eines neuen Sicherheitsparadigmas und widmeten sich der Frage eines neuen Sicherheitsparadigmas in Nordostasien.

Im Juni nahm ein Vertreter des Vorsitzes auch an einem OSZE-Seminar in Bangkok zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels teil.

China zeigte sich 2005 an der OSZE äußerst interessiert. Einige Teilnehmerstaaten traten dafür ein, dass die OSZE mit China eine formelle Partnerschaft eingeht, doch waren 2005 die Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben.

Das zweite Jahr in Folge entsandte die OSZE ein Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan, diesmal zur Unterstützung der Wahlen zur Nationalversammlung und der Provinzwahlen am 18. September. Das Team hatte die Aufgabe, den Wahlprozess zu analy-

sieren und der afghanischen Regierung einen Katalog von Empfehlungen zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Durchführung zukünftiger Wahlen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen und Verfahren in Afghanistan zu verbessern. Der Beschluss des Ständigen Rates über das Wahlunterstützungsteam (PC.DEC/686) unterstreicht die Bedeutung demokratischer Wahlen für die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte und die Stärkung der Stabilität in Afghanistan; gleichzeitig sollte die demokratische Regierung Afghanistans beim Vollzug dieses wichtigen Schrittes, mit dem der auf der Bonner Konferenz erteilte Auftrag erfüllt wurde, unterstützt werden. (Mehr zu diesem Thema siehe S. 26.)

Auf Einladung der Palästinenserbehörde und nach Konsultationen mit den Teilnehmerstaaten ersuchte der Vorsitz im Januar das OSZE-Sekretariat und das BDIMR, ein Expertenteam zur Feststellung des Ausbildungsbedarfs in die Palästinensergebiete zu entsenden. In einem Bericht an den Ständigen Rat zeigte das Team Bereiche auf, in denen die OSZE und ihre Institutionen der Palästinenserbehörde und der palästinensischen Zivilgesellschaft bei der Abhaltung der Wahlen zum Palästinensischen Gesetzgebenden Rat mit ihrem Sachwissen zur Seite stehen könnten. Es war dies das zweite Mal, dass die OSZE in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren auf Ersuchen eines Landes außerhalb des OSZE-Raums Hilfe leistete. Nach Entsendung des Teams stellte die Palästinenserbehörde beim Amtierenden Vorsitzenden den Antrag, Kooperationspartner der OSZE zu werden. Das Ersuchen fand unter den Teilnehmerstaaten jedoch keinen Konsens.

Im Vorfeld des Ministerratstreffens in Laibach leitete der Amtierende Vorsitzende zwei Sitzungen der in der Troika vertretenen Minister mit deren Amtskollegen von den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bzw. in Asien. Dabei wurde der laufende Dialog mit den asiatischen Partnern und den Mittelmeerpartnern einer Bewertung unterzogen und es wurden Aussichten und Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit besprochen. Die Teilnehmer begrüßten die im Lauf des Jahres eingetretenen positiven Entwicklungen, insbesondere ihre stärkere Einbindung und die regelmäßigeren Konsultationen in Fragen von beiderseitigem Interesse.

## Der Ständige Rat

2005 engagierte sich der Ständige Rat aktiv in einer Reihe von Fragen, die einen wichtigen Platz in der OSZE-Agenda einnahmen.

In Ratssitzungen und hinter den Kulissen wurde Konsens erzielt über die Bestellung eines neuen Generalsekretärs, die Verabschiedung eines Gesamthausplans für 2005 (mit einigen Monaten Verspätung) und für 2006 (fristgerecht) sowie über die Vereinbarung der Verteilerschlüssel für die von den Teilnehmerstaaten in den Jahren 2005 bis 2007 an die OSZE zu entrichtenden Beiträge. Es wurden Änderungen am Personalstatut und an den Dienstvorschriften vorgenommen und es kam zu einer Vereinbarung über ein Gemeinsames Verwaltungsregelwerk.

Ende Juni legte der Weisenrat, der Reformschritte für die Organisation vorschlagen sollte, dem Ständigen Rat seinen Bericht mit dem Titel *Strengthening the Effectiveness of the OSCE* vor. Darauf folgten im September hochrangige Konsultationen zur Reform.

Der Ständige Rat fasste zwei wichtige Beschlüsse über die Verstärkung der Zusammenarbeit mit strategischen Partnern, dem Europarat und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.

Der Ständige Rat erteilte ferner den Auftrag für zwei wichtige Einsätze: ein Ausbildungsunterstützungsprogramm für georgische Grenzbeamte und ein

Wahlunterstützungsteam für Afghanistan.

Es wurden mehrere Beschlüsse zur Stärkung der Fähigkeit der OSZE im Kampf gegen neue Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit verabschiedet, zum Beispiel über die Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel.

Besonders lebhaft wurde zum Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen“ diskutiert, was beweist, wie nützlich der Ständige Rat als Forum für den Dialog bei plötzlich hereinbrechenden Ereignissen und für die gegenseitige Überprüfung der Durchführung von Verpflichtungen ist.

Wie jedes Jahr wurden Beschlüsse über die Struktur von OSZE-Treffen und über die Verlängerung von Missionsmandaten gefasst. Die Institutions- und Missionsleiter erstatteten dem Ständigen Rat regelmäßig Bericht.

Der Ständige Rat empfing eine Reihe bedeutender Gäste, unter ihnen der Amtierende Präsident Kirgisistans, Kurmanbek Bakijew, der Premierminister Georgiens, Surab Noghaideli, neun Außenminister sowie die Generalsekretäre der NATO und des Europarats.

[www.osce.org/pc](http://www.osce.org/pc)

### **Gastredner im Ständigen Rat 2005**

- 13. Januar: Amtierender Vorsitzender, Minister für auswärtige Angelegenheiten Sloweniens, **Dimitrij Rupel**
- 27. Januar: **Jean Asselborn**, Vizepremierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten Luxemburgs, über die Prioritäten der EU-Präsidentschaft
- 3. Februar: **Giorgi Gomiaschwili**, stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens
- 10. Februar: Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Kosovo, **Søren Jessen-Petersen**
- 3. März: Minister für auswärtige Angelegenheiten Bulgariens, **Solomon Passy**
- 10. März: **Giorgi Gomiaschwili**, stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens
- 7. April: Präsident des Koordinationszentrums von Serbien und Montenegro und der Republik Serbien für Kosovo und Metohija, **Nebojša \_ovi\_**
- 21. April: Minister für auswärtige Angelegenheiten Bosnien und Herzegowinas, **Mladen Ivani\_**
- 19. Mai: Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, **Carla Del Ponte**
- 30. Mai (PC-Sondersitzung): Amtierender Präsident Kirgisistans, **Kurmanbek Bakijew**
- 16. Juni: Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, **Erhard Busek**
- 14. Juli: Generalsekretär des Europarats, **Terry Davis**
- 21. Juli: Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Österreichs, **Ursula Plassnik**
- 1. September: EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus, **Heikki Talvitie**
- 6. September (PC-Sondersitzung): Minister für auswärtige Angelegenheiten Serbien und Montenegros, **Vuk Dra\_kovi\_**
- 6. September (PC-Sondersitzung): Minister für auswärtige Angelegenheiten Aserbaidschans, **Elmar Mammadjarov**
- 13. Oktober: Vorsitzender des Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschusses des VN-Sicherheitsrats, Botschafter **César Mayoral**
- 13. Oktober: Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs in Georgien und Leiterin der VN-Beobachtermission in Georgien, Botschafterin **Heidi Tagliavini**
- 27. Oktober: Minister für auswärtige Angelegenheiten Litauens, **Antanas Valionis**
- 27. Oktober (PC-Sondersitzung): Ministerpräsident Georgiens, **Surab Noghaideli**
- 3. November: NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer**
- 14. November (PC-Sondersitzung): Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, **Ekmeleddin \_hsano\_lu**
- 15. November (PC-Sondersitzung): Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Kroatiens, **Kolinda Grabar-Kitarovi\_**
- 15. Dezember: Hoher Beauftragter und Sonderbeauftragter der EU für Bosnien und Herzegowina, **Lord Paddy Ashdown**
- 22. Dezember: VN-Sonderberichterstatter über Folter, **Manfred Nowak**

## **Die Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden**

### ***Die Hochrangige Planungsgruppe***

Die Hochrangige Planungsgruppe (HLPG) wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der OSZE (damals KSZE) mit dem Auftrag eingerichtet, Optionen für die Planung einer multinationalen OSZE-Friedenstruppe für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, zu empfehlen. Dazu zählen Pläne für die Einrichtung, die nötige Truppenstruktur, Einsatzbedingungen sowie Größe und Merkmale dieser Kräfte. Die HLPG steht in Kontakt mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe sowie mit dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, sowie mit beitragenden Staaten.

Im Juni gab der Amtierende Vorsitzende eine Richtlinie heraus, mit der die HLPG beauftragt wurde, in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 mit Zustimmung der Konfliktparteien eine Erkundungsmission in das Gebiet zu planen, vorzubereiten und durchzuführen, um Informationen über die operativen, logistischen und finanziellen Aspekte der bestehenden Notfallplanung zu beschaffen.

Die HLPG führte Erkundungsmissionen vom 11. bis 15. Dezember in Armenien und vom 15. bis 22. Dezember in Aserbaidschan (mit Ausnahme von Berg-Karabach) durch. Eine solche Mission in der Region Berg-Karabach ist für Anfang 2006 geplant.

Darüber hinaus hat die HLPG folgende Aufgaben: Überarbeitung und Aktualisierung der Planungsunterlagen, Abschluss der Überarbeitung der zuletzt ausgearbeiteten Option für friedenserhaltende Einsätze, Zusammenarbeit mit den jeweiligen Abteilungen des OSZE-Sekretariats, Anpassung der aktuellen Pläne an die Erfordernisse des neuen Integrierten Ressourcenmanagementsystems und nach Bedarf Kontaktpflege mit internationalen Organisationen, die sich mit friedenserhaltenden Einsätzen befassen.

Die HLPG überarbeitete auch die Anforderungsprofile für Bedienstete, um die Effizienz der Gruppe zu erhöhen. Sie stellte neue Überlegungen über die Zusammensetzung des HLPG-Planungsteams an. Die HLPG beteiligte sich an mehreren Überwachungsmissionen an der Kontaktlinie, wie sie dies schon seit September 1998 getan hat.

### ***Das Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst***

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach kamen 2005 gut voran, wodurch zwei

Treffen zwischen den Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens sowie Treffen zwischen den jeweiligen Außenministern im Rahmen des so genannten „Prager Prozesses“ möglich wurden. Durch diese verstärkten Aktivitäten erhöhte sich auch die Berichtstätigkeit des Persönlichen Beauftragten, Botschafter Andrzej Kasprzyk, der den Vorsitz und die Minsk-Gruppe, einschließlich ihrer Kovorsitzenden, über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten hatte. Entsprechend einer Vereinbarung der Kovorsitzenden spielte der Persönliche Beauftragte eine maßgebliche Rolle bei der Organisation des Treffens zwischen den Präsidenten im Mai in Warschau am Rande des Gipfeltreffens des Europarats.

Der Persönliche Beauftragte und sein Büro folgten weiter ihrem Auftrag, die Frontlinie zu beobachten, um die militärische Situation beurteilen zu können und zum Abbau der Spannungen beizutragen. Diese Tätigkeit war im Frühjahr von besonderer Bedeutung, als eine zunehmende Zahl von Verletzungen der Waffenruhe gemeldet wurde und die Situation sich zu verschlechtern drohte. In seinen Berichten warnte der Persönliche Beauftragte frühzeitig vor dieser Zunahme der Spannungen, und es wurden Schritte zur Normalisierung der Lage unternommen. Danach schien sich die militärische Lage an der Frontlinie stabilisiert zu haben.

Der Persönliche Beauftragte unterstützte auch die Hochrangige Planungsgruppe bei der Erfüllung ihrer mandatsgemäßen Aufgaben. Er hielt Kontakt mit der Europäischen Union und mit Organisationen wie dem Europarat, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und verschiedenen internationalen Nichtregierungsorganisationen im Zusammenhang mit den gravierenden Problemen der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge, Kriegsgefangenen, Vermissten und Inhaftierten sowie in Bezug auf die Minenräumung.

Die vom Büro geförderten vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Seiten beschränkten sich weitgehend auf Aktivitäten, die zur Durchführung der Beobachtungstätigkeit und zur Hilfestellung bei der Rückkehr der von den Konfliktparteien inhaftierten Kriegsgefangenen notwendig waren. Es gab weitere Bemühungen zur Förderung der Kontakte zwischen den Parteien auf örtlicher Ebene.

Nach einer Einigung zwischen den Parteien 2004 fand vom 31. Januar bis 5. Februar mit Unterstützung und Hilfestellung durch das Büro des Persönlichen Beauftragten eine Erkundungsmission der Minsk-Gruppe der OSZE in den besetzten Gebieten um Berg-Karabach statt.

### ***Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Artikel IV***

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden setzt sich für die Erfüllung von Schlüsselaspekten des Friedensübereinkommens von Dayton ein, das 1995 den mehr als dreijährigen Krieg in Bosnien und Herzegowina beendete. Durch das Friedensübereinkommen befand sich Bosnien und Herzegowina in einer einzigartigen militärischen Situation. Der Staat hatte weder eigene Streitkräfte noch irgendeine Kontrolle über die während des Krieges von zwei relativ starken Teilgebieten – der (bosniakisch-kroatischen) Föderation Bosnien und Herzegowina und der (serbischen) Republika Srpska – geschaffenen Streitkräfte.

2004 gelang Bosnien und Herzegowina und seinen beiden Teilgebieten ein enormer Schritt hin zur Normalisierung der Region. Sie waren sich darin einig, dass Anhang 1-B Artikel II des Friedensübereinkommens über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den Parteien seinen Zweck erfüllt habe und nicht mehr benötigt werde.

Gemäß Anhang 1-B hat die OSZE die Aufgabe, die Parteien bei der Umsetzung und Verifikation der vereinbarten Maßnahmen zu unterstützen. Im Großen und Ganzen besteht die Rolle des Persönlichen Beauftragten darin, den politischen Konsens zu vermitteln, für ein Vorankommen im Prozess zu sorgen und Hindernisse bei der Umsetzung des Übereinkommens zu überwinden.

Im abgelaufenen Jahr setzte der Persönliche Beauftragte seine Arbeit im Bereich der Rüstungskontrolle in der Region gemäß Anhang 1-B Artikel IV fort. Ziel dieses 1996 unterzeichneten Übereinkommens ist es, das Gleichgewicht in den Rüstungsbegrenzungen für Bosnien und Herzegowina und seine beiden Teilgebiete sowie für die Republik Kroatien und die damalige Bundesrepublik Jugoslawien, heute Serbien und Montenegro, herzustellen.

#### ***Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Friedensübereinkommen von Dayton, Anhang 1-B Artikel IV)***

2005 setzten die fünf Unterzeichner von Artikel IV einige wesentliche gesetzgeberische Schritte in der Verteidigungsreform, die als Grundlage für die endgültige Regelung der militärischen Aspekte des Friedensübereinkommens von Dayton dienen können. Ferner zerstörten sie entsprechend der Vereinbarung über die Rüstungsbegrenzungen rund 500 schwere Waffen und vollendeten die Arbeit über die Vereinbarung hinaus mit der Zerstörung von rund 100 schweren Rüstungsgütern, die in der Vereinbarung ausgenommen waren.

Der Persönliche Beauftragte berichtete, dass die Unterzeichner 2005 größere Stabilität und Sicherheit in der Region erreicht haben. Wie vorgesehen, führten die Parteien 18 Inspektionen unter Beteiligung von Experten aus 26 OSZE-Ländern durch.

Im Einvernehmen mit den Parteien unterstützte der Persönliche Beauftragte die Implementierung und Verifikation durch

- Koordination der Inspektionstermine,
- Hilfeersuchen an die OSZE-Staaten und
- Koordination von Schulungsangeboten.

Der Persönliche Beauftragte berichtete, dass das Inspektionsregime in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit und der Transparenz gut funktioniert habe. Die Parteien waren beim Informationsaustausch und bei den Notifikationen auf Genauigkeit bedacht und lieferten ein präzises Bild des laufenden Umstrukturierungsprozesses der Streitkräfte in der Region. Die Reduzierung schwerer Waffen ging während des Jahres wie geplant mit der Zerstörung von rund 500 durch das Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle begrenzten Rüstungsgütern weiter.

Seit Inkrafttreten von Artikel IV haben die Parteien mit Unterstützung des Persönlichen Beauftragten die Bestimmungen verbessert, indem sie bestimmte Lücken schlossen, etwa jene der vom Übereinkommen ausgenommenen Ausrüstung, die es den Parteien gestatteten, über die vereinbarten Obergrenzen hinaus große Rüstungsmengen zu behalten. Dieser langwierige Nachbesserungsprozess wurde dieses Jahr mit der Zerstörung von rund 100 Stück schwerer Rüstungsgüter, die vom Übereinkommen ausgenommen waren, vollendet. Die Parteien reduzierten auch Waffen und Ausrüstungen der inneren Sicherheitskräfte (Polizei).

2005 trat die Subregionale Beratungskommission, die für Artikel IV zuständig ist, fünfmal zusammen und löste zwei bis dahin noch offene Fragen. Die Parteien klärten den Status aller vorhandenen Typen, Versionen und Modelle des gepanzerten Mannschaftstransportwagens BTR-50 und nahmen die Kategorie „ähnliche Fahrzeuge“ in das Protokoll vorhandener Rüstungstypen auf.

Um bei ständiger Abnahme der Inspektionsobjekte die statistische Aussagekraft zu gewährleisten, beschloss die Beratungskommission, ein Mindestmaß an passiven Inspektionsquoten für jede der Parteien beizubehalten.

#### **Verteidigungsreform**

Die gesetzgebenden Organe in Bosnien und Herzegowina verabschiedeten wichtige Gesetespakete zur Verteidigungsreform, die die Verteidigungsarchitektur des Landes letztendlich zu einem einzigen gesamtstaatlichen Rahmen vereinigen werden. Die Verabschiedung des Verteidigungsgesetzes Bosnien und Herzegowinas und des Gesetzes über den Dienst in den Streitkräften Bosnien und Herzegowinas hat weit reichende Konsequenzen. Sie eröffnen dem Land den Zugang zum NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“, das der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich gewidmet ist und die Stabilität und Sicherheit in ganz Europa erhöhen soll, und letzten Endes zur Vollmitgliedschaft in der NATO. Zehn Jahre nach Dayton bedeutet die Verabschiedung der Verteidigungsreformen auch, dass Bosnien und Herzegowina den nötigen Grundstein zum Abschluss der militärischen Aspekte des Friedensübereinkommens von Dayton gelegt hat.

Die Verteidigungsgesetze traten am 1. Januar 2006 in Kraft und werden Auswirkungen auf das Übereinkommen zu Artikel IV haben. Alle Parteien von Artikel IV unterzeichneten eine Abänderung zum Übereinkommen, die vorsieht, dass Bosnien und Herzegowina

die Teilgebiete in der Subregionalen Beratungskommission vertreten und deren frühere Rechte nach dem Übereinkommen zu Artikel IV ausüben wird. Die vom Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE ausgearbeitete Abänderung wurde im März 2006 unterzeichnet.

Der Persönliche Beauftragte berichtete, dass sich das strategische Gesamtfeld in der Region, auf die sich die Rüstungskontrolle nach Dayton bezieht, erheblich verbessert hat und nicht zu vergleichen ist mit der Situation vor zehn Jahren, als die Mandate für die verschiedenen Übereinkommen in Anhang 1-B des Übereinkommens von Dayton festgelegt wurden. Der Persönliche Beauftragte setzte deshalb seine Konsultationen mit den OSZE-Delegationen fort, insbesondere mit den Staaten der Kontaktgruppe, mit dem Ziel, eine langfristige Strategie im Einklang mit der Gesamtstrategie für die Region zu entwickeln. Zu diesem Zweck hielt die OSZE im November 2005 in Zagreb mit allen Parteien einen Workshop über subregionale Rüstungskontrolle und die geänderte Sicherheitslage in der Region ab.

Die Übertragung der Aufgaben in die Eigenverantwortung ist, soweit es das Übereinkommen zu Artikel IV betrifft, erreicht und könnte weitere Bereiche erfassen. Der Persönliche Beauftragte wird den Parteien auch weiterhin Anleitung und technische Unterstützung bei der Umsetzung eines Inspektionsregimes mit nur drei Parteien bieten und Analysen und Know-how für die Durchführung des jährlichen Informationsaustausches und notwendiger Abänderungen des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle in Konsultation mit den Parteien zur Verfügung stellen.

### ***Die Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels***

Die Sonderbeauftragte Helga Konrad befasste sich 2005 hauptsächlich mit dem Handel mit Kindern zum Zwecke ihrer Ausbeutung als Arbeitskräfte und für Zwangsarbeit bzw. Zwangsdienstbarkeit.

Die Sonderbeauftragte behandelte diese Fragen auf zwei hochrangigen Konferenzen, die im Rahmen der *Allianz gegen Menschenhandel* im März und November veranstaltet wurden. Die Konferenzen regten zum Nachdenken an und leiteten einen Dialog mit und unter den OSZE-Teilnehmerstaaten darüber ein, wie mit zwei Fragen umgegangen werden soll: erstens der besondere Hilfs- und Schutzbedarf von Kindern und zweitens die Beseitigung von Strukturen, die den illegalen Kinderhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit oder Zwangsdienstbarkeit ermöglichen. Ein weiterer Zweck war es, den Regierungen qualitativ hoch stehende praxisorientierte Hintergrundinformationen als Entscheidungshilfe bei der Festlegung von Strategien gegen den Menschenhandel in die Hand zu geben. Die Konferenz über Kinderhandel legte den Grundstein für die Ausarbeitung des vom Ministerratstreffen in Laibach am 5. und 6. Dezember verabschiedeten Zusatzes betreffend die Bekämpfung des Kinderhandels zum OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Trotz verstärkter Aufmerksamkeit auf politischer Ebene und einigen Verbesserungen vor Ort werden die Opfer des Menschenhandels sehr oft immer noch als Täter gesehen und kriminalisiert. Anstatt sie in geeignete Unterkünfte zu bringen, werden sie in den Zielländern oft in Gewahrsam genommen oder sofort in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Die angebotenen Schutz- und Hilfsmaßnahmen lassen die Menschenrechte außer Acht.

Nationale und internationale Experten befassten sich auf Workshops und Tagungen mit diesen Fragen, in dem Bestreben, bestehende Ansätze, Maßnahmen und Aktivitäten zu verfeinern, um sie wirksamer und nachhaltiger zu machen. Ein Beispiel hierfür war die Expertentagung zur Fragen der Opferhilfe im Februar. Alle einschlägig tätigen OSZE-Strukturen und -Institutionen (BDIMR, die Gruppe strategische Polizeiangelegenheiten, OCEEA, die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen sowie die Feldmissionen) trugen mit Fachwissen und Know-how zu den Konferenzen und Tagungen bei.

Die Sonderbeauftragte stellte die mit wichtigen internationalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Akteuren unternommenen Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel unter das Motto *Allianz gegen den Menschenhandel*. Die Allianz nimmt auf die Komplexität des Problems Bedacht und ergänzt bestehende Koordinationsbemühungen zwischen der OSZE und anderen internationalen Partnern. Das *Alliance Expert Co-ordination Team*, ein Forum zur Erörterung und Vereinheitlichung geeigneter Reaktionen auf die einzelnen Glieder in der Menschenhandelskette und auf das Problem als Ganzes, trat 2005 unter dem Vorsitz der Sonderbeauftragten dreimal zusammen. Dank der auf diesen Tagungen gewonnenen Erkenntnisse spielte die OSZE eine wichtige Rolle bei der Skizzierung des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels, der auf den OSZE-Aktionsplan als Referenzdokument verweist.

Entsprechend ihrem Mandat stattete die Sonderbeauftragte 24 OSZE-Teilnehmerstaaten (15 EU-Länder, vier von ihnen neue EU-Mitgliedstaaten, vier südosteuropäische Staaten, fünf GUS-Staaten) offizielle Besuche ab, bei denen sie sich einen Überblick über die Lage vor Ort verschaffte und mit Entscheidungssträgern und wichtigen Ansprechpartnern Strategien und konkrete künftige Schritte erörterte. Diese Erkundungsmissionen schafften eine Brücke zwischen Theorie und Praxis. Sie haben sich als äußerst effektives Werkzeug erwiesen, um herauszufinden, ob Menschenhandel als das erkannt wird, was er wirklich ist: ein schweres Verbrechen und eine abscheuliche Verletzung der Menschenrechte.

Neben den OSZE-Konferenzen und -Treffen unter der Schirmherrschaft der *Allianz gegen den Menschenhandel* nahm die Sonderbeauftragte Einladungen zu Vorträgen bei über 50 nationalen, regionalen und internationalen Konferenzen, Treffen, Workshops, Runden Tischen und Diskussionsrunden an. Dadurch wurde die Zusammenarbeit in allen Aspekten der Arbeit gegen den Menschenhandel weiter gestärkt und das Engagement der OSZE für den entschlossenen Kampf gegen diese Geißel und für den Ausbau ihrer

führenden Rolle in diesem Bereich besser in das Licht der Öffentlichkeit gerückt.

Im Interesse eines guten Überblicks über die Gesamtlage hinsichtlich des Menschenhandels im OSZE-Raum und als Zeugnis für den Kampf gegen den Menschenhandel gab die Sonderbeauftragte einen Bericht in Auftrag, der sowohl über beispielhafte Praktiken als auch über Faktoren, die sich dem wirksamen Kampf gegen den Menschenhandel entgegenstellen, informieren wird. Der Bericht wird Anfang 2006 veröffentlicht.

### ***Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Zentralasien***

Der Amtierende Vorsitzende bestellte den Abgeordneten zum Europäischen Parlament Alojz Peterle für das Jahr 2005 zu seinem Persönlichen Beauftragten für Zentralasien.

Der Sonderbeauftragte für Zentralasien spielte im Laufe des Jahres eine aktive Rolle in der Region, er stattete den Ländern regelmäßig Besuche ab, um auf hoher politischer Ebene Konsultationen zu wichtigen Fragen von regionalem Interesse zu führen.

In seiner Arbeit konzentrierte er sich in erster Linie auf die Lage in Kirgisistan nach den Ereignissen vom März und auf die darauf folgenden Entwicklungen. Nach den Parlamentswahlen im Land im Februar und März begab sich der Persönliche Beauftragte erstmals am 24. März nach Bischkek, um den Präsidenten und die Opposition zu einem politischen Dialog zu bewegen. Am selben Tag stürmten Demonstranten den Regierungssitz und der Präsident flüchtete, was der Mission des Persönlichen Beauftragten eine neue Note verlieh. Die OSZE diente als neutrale Plattform für den Dialog mit der neuen Führung und als zentrale Koordinationsstelle zwischen den Vertretern der Botschaften, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Der Persönliche Beauftragte spielte eine ganz wesentliche Rolle bei der Ausarbeitung eines OSZE-Arbeitsplans für Kirgisistan, durch den wieder Stabilität und Sicherheit in der Region einkehren sollte. (Mehr zu diesem Thema siehe

Seite 24.)

Ein wichtiges Anliegen Peterles in seinen Erörterungen mit den Behörden waren nach wie vor die Wahlen. Der Persönliche Beauftragte besuchte im Juni Bischkek, um den Präsidentschaftskandidaten einen politisch bindenden Kodex für ein faires Verhalten im Wahlkampf vorzuschlagen. Die meisten Kandidaten stimmten zu und unterschrieben diesen Verhaltenskodex.

Bei seinem Besuch in Kasachstan Anfang November und seinen Zusammentreffen mit politischen Führern, darunter die Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission und Vertreter der Zivilgesellschaft, erinnerte der Persönliche Beauftragte an die Bedeutung der Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2005 und mahnte die Umsetzung der vom BDIMR abgegebenen Empfehlungen zum Wahlverfahren ein.

Anlässlich seines Besuchs in Kirgisistan Ende November sprach der Persönliche Beauftragte auf der *Conference on Constitutional reform in the Kyrgyz Republic: International Review*. Bei Treffen mit dem Präsidenten und mit maßgeblichen Mitgliedern der kirgisischen Regierung erörterte er die politischen Entwicklungen und brachte auch andere wichtige Fragen wie etwa den Kampf gegen die Korruption zur Sprache. Er unterstrich die Notwendigkeit, den konstruktiven Diskurs über die Verfassungsreform fortzusetzen, die eine Grundvoraussetzung für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sei, und überdies die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den kirgisischen Behörden und der OSZE, wobei er in diesem Zusammenhang insbesondere das Polizeiunterstützungsprogramm nannte.

Bei der Erfüllung seines Mandats bewies der Persönliche Beauftragte die unverändert große Bedeutung der Organisation für die Sicherheit in Zentralasien und im OSZE-Raum insgesamt sowie das feste Bekenntnis der Organisation zu diesem Anliegen.

Alojz Peterle war von 1990 bis 1992 Ministerpräsident der ersten demokratisch gewählten slowenischen Regierung und später Außenminister.

## Berichte der Vorsitzenden der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien

**Kooperationspartner im Mittelmeerraum:** Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien  
**Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe 2005:** Belgien

**Kooperationspartner in Asien:** Afghanistan, Japan, Republik Korea, Mongolei und Thailand  
**Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe 2005:** Bulgarien

Der bulgarische Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe und der belgische Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe sorgten mit Unterstützung der Sekretariatsabteilung für externe Zusammenarbeit für eine weitere Verbesserung des Dialogs zwischen der OSZE und ihren Partnerstaaten. Das Jahr war geprägt von gemeinsamen Bemühungen um entsprechende Maßnahmen im Anschluss an die Empfehlungen im *Bericht über die Umsetzung von PC.DEC/571/Corr. 1 über die OSZE und ihre Kooperationspartner*.

In Fortsetzung eines eingeleiteten Trends bot die OSZE den Partnern auf regelmäßiger Basis Zugang zu den Sitzungen des Ständigen Rates. Die Beiträge der Partner zu den Debatten im Ständigen Rat waren ebenso wertvoll und interessant wie ihre Wortmeldungen auf der ersten gemeinsamen Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation. Die regelmäßige Arbeit der Asien- und der Mittelmeer-Kontaktgruppe ergänzte ihre Teilnahme an diesen Debatten. Die Partner nahmen aktiv an den wichtigsten OSZE-Veranstaltungen des Jahres teil, darunter das *Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung*, die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, das *Wirtschaftsforum* und das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension*. Sie nahmen auch an der *OSZE-Konferenz von Córdoba über Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz* am 8. und 9. Juni in Spanien teil und entsandten Parlamentarierdelegationen in die maßgeblichen Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

2005 kam es überdies zu einer weiteren Zusammenarbeit zwischen den Partnern in Asien und im Mittelmeerraum. Am 23. November fand auf Initiative des belgischen und des bulgarischen Vorsitizes zwischen den Partnern im Mittelmeerraum bzw. in Asien und dem Forum für Sicherheitskooperation zum ersten Mal eine gemeinsame Sitzung zum Thema Kleinwaffen und leichte Waffen statt. Das Treffen war nicht nur eine wichtige Neuerung, sondern leistete auch einen wertvollen Beitrag zur Vorbereitung der VN-Überprüfungskonferenz über Kleinwaffen und leichte Waffen im Jahr 2006. Eine Übersetzung des *OSZE-Handbuchs über Kleinwaffen und leichte Waffen* ins Arabische wurde von Deutschland, der Schweiz und Belgien finanziert.

Ebenfalls zum ersten Mal wurde auf Initiative des Kontaktgruppenvorsitzes und in Abstimmung mit dem slowenischen OSZE-Vorsitz am Rande der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* eine eigene Parallelveranstaltung für alle Partner abgehalten. Diese bot Gelegenheit zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Partnern und den Teilnehmerstaaten der OSZE in der politisch-militäri-

schen Dimension, insbesondere zum Zweck einer Standortbestimmung und der Sondierung von Möglichkeiten für die Ausweitung der Zusammenarbeit und der Implementierung. Die Bedeutung des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE und der Kampf gegen den Terrorismus waren der OSZE und ihren Partnern ein großes Anliegen. Es wurde darauf hingewiesen, dass internationale Normen eingehalten werden müssen. Ebenso müsse die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen, insbesondere dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), verstärkt werden. Für einen Vorschlag, in der Mittelmeerregion eine gemeinsame Veranstaltung der OSZE mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung abzuhalten, wurde Unterstützung bekundet. Die Veranstaltung erwies sich als weiteres wichtiges Element im Prozess der erfolgreichen Verwirklichung einiger Empfehlungen aus dem Bericht über die OSZE und ihre Kooperationspartner. Ferner nahmen die Kooperationspartner auch an der Schlussitzung der Konsultationen auf hoher Ebene zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE am 13. September in Wien teil.

**Die Mittelmeer-Kontaktgruppe.** Die neun Sitzungen der Mittelmeer-Kontaktgruppe, bei denen die drei Sicherheitsdimensionen der OSZE behandelt wurden, dienten der Aufrechterhaltung eines offenen Dialog- und Konsultationswegs zwischen den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum.

Um einen möglichst frühzeitigen Beitrag der Mittelmeerpartner sicherzustellen, wurden ihre Kommentare und Anregungen in den Diskussionen der Kontaktgruppe unmittelbar vor OSZE-Veranstaltungen wie dem *Wirtschaftsforum*, der *Konferenz über Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz* und dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* mit Interesse registriert. Auf eigenes Ersuchen der Mittelmeerpartner kam es im Juni und im November im Rahmen der Kontaktgruppe zu informellen Treffen mit den drei Sonderbeauftragten für Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Im Interesse der Synergie und der möglichen Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen, in denen ein Dialog zwischen Europa und den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums geführt wird, lud der Vorsitzende ranghohe Redner von der Generaldirektion Außenbeziehungen der Europäischen Kommission und der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten zu einem Gedankenaustausch ein. Die Gruppe ging hauptsächlich auf die Reformdebatte in, die in verschiedenen OSZE-Arbeitsgruppen geführt wird:



Verbesserung der Funktionsweise und Wirksamkeit der Feldeinsätze, Grenzen, Terrorismusbekämpfung sowie Gleichstellung der Geschlechter und Kampf gegen illegalen Handel. Im Anschluss an ein Briefing durch einen Vertreter von Belarus, das turnusmäßig den Vorsitz im Forum innehatte, fand auch eine Diskussion zur politisch-militärischen Dimension und zur Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation statt. Der Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE informierte die Kontaktgruppe über Aktivitäten der Versammlung in Bezug auf die Mittelmeerdimension der OSZE, wie etwa das jährliche Mittelmeerforum mit Parlamentariern der Mittelmeerpartner, das im Oktober in Sveti Stefan (Serbien und Montenegro) abgehalten wurde.

**Der Vertrag über den Offenen Himmel – eine Demonstration der Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten.** Experten der Mittelmeerpartner wurden zu einer Veranstaltung am 4. und 5. Juli in Brüssel eingeladen, deren Gegenstand die Rolle des mit dem Vertrag über den Offenen Himmel geschaffenen Regimes als Beitrag zur Offenheit und Transparenz zwischen den Staaten war. Der Vertrag, dessen grundlegende Philosophie der Offenheit und Transparenz mit jener übereinstimmt, die sich hinter vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen verbirgt, enthält Bestimmungen für die Durchführung unbewaffneter Beobachtungsflüge über den Hoheitsgebieten von Vertragsstaaten. Experten aus der Verifikationsagentur der belgischen Streitkräfte begrüßten Vertreter der Mittelmeerpartner auf dem Luftstützpunkt Melsbroek, wo der Vertrag, das Gondelsystem „Offener Himmel“ C-130 H, die in den für Beobachtungsflüge bestimmten Luftfahrzeugen verwendete Technologie und die Zusammenarbeit zwischen den Beneluxländern innerhalb der Pod-Gruppe erörtert wurden, in der Benelux, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Norwegen, Portugal und Spanien vertreten sind. Die Teilnehmer wurden aus erster Hand über die Technologie informiert und sahen in einer praktischen Demonstration, welche Art von Informationen bei Beobachtungsflügen gewonnen wird.

Dieser Besuch folgte auf eine Simulationsübung, die letztes Jahr von Slowenien organisiert wurde und zur weiteren Hebung des Bewusstseins für vertrauensbildende Maßnahmen beitrug. Die von Experten, auch aus den Hauptstädten, vertretenen Mittelmeerpartner wurden von Vertretern Belgiens, des OSZE-Vorsitzes und des Sekretariats begleitet. Weitere Teilnehmer waren Militärs aus Luxemburg und den Niederlanden.

**Konsultationen auf hoher Ebene zur OSZE-Reform.** Die Mittelmeerpartner trugen darüber hinaus zum Dialog über die Stärkung der OSZE bei. Im Juli übermittelte der Vorsitz der Kontaktgruppe den Mitgliedern des Weisenrats zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE eine gemeinsame Stellungnahme der Mittelmeerpartner. Nach Vorlage des Berichts des Weisenrats wurden die Partnerstaaten zur Schlussitzung der Konsultationen auf hoher Ebene zur OSZE-Reform eingeladen. Die Mittelmeerpartner gaben eine gemeinsame Erklärung ab, die ein deutliches politisches Signal an die OSZE-Teilnehmerstaaten enthielt. Die Erklärung wurde vom Botschafter Algeriens abge-

geben, der auch einige Vorschläge zur Stärkung der Mittelmeerdimension der OSZE machte.

**Parallelveranstaltung mit den Mittelmeerpartnern – Wirtschaftsforum.** Zum zweiten Mal in Folge fand am Rande des Wirtschaftsforums eine Parallelveranstaltung mit den Mittelmeerpartnern statt. Sie diente gleichzeitig der Vorbereitung des OSZE-Mittelmeerseminars. Die Teilnehmer, unter ihnen Vertreter aus den Teilnehmer- und den Partnerstaaten, hatten Gelegenheit, sich zu folgenden Themen zu äußern: maßgebliche Fragen der Migration, Voraussetzungen, damit Migranten einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Herkunftsländer und Zielländer leisten können; verstärkte Beachtung der Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung; Probleme durch die Migration in den Herkunfts- und Zielländern; Steuerung der Migration zum allseitigen Vorteil, sowohl für die Migranten selbst als auch für die Gesellschaft in den Herkunfts- und Zielländern. Die aufgeworfenen Fragen bildeten eine der Grundlagen für die Erstellung der Tagesordnung des Seminars und boten Gelegenheit, die Debatte zu erweitern und wichtige Vorschläge für Anschlussmaßnahmen vorzubringen.

**Das OSZE-Mittelmeerseminar über Migrations- und Integrationspolitik.** Am 8. und 9. September war erstmals Marokko Gastgeber des jährlichen Mittelmeerseminars. Die Teilnehmer an der Veranstaltung in Rabat kamen aus 33 Teilnehmerstaaten, allen sechs Partnerstaaten im Mittelmeerraum, drei asiatischen Partnerstaaten, verschiedenen internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Im Mittelpunkt der Erörterungen der hochrangigen Vertreter und Experten standen aktuelle Herausforderungen der Migration und Integration, die sich auf beiden Seiten des Mittelmeers stellen.

*„Es sind konzertierte Bemühungen notwendig, um den Strom des illegalen Handels zu unterbinden, aber auch um einen gemeinsamen Ansatz in der Auseinandersetzung mit den Ursachen der Migration zu entwickeln. Andererseits kann die richtige Steuerung der Migration den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt fördern“,* erklärte Karel De Gucht, der Minister für auswärtige Angelegenheiten Belgiens, auf dem Seminar.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass der Kampf gegen die illegale Migration und den Menschenhandel nach einem verstärkten Zusammenwirken der Herkunfts-, Transit- und Zielländer verlangt. Sie machten verschiedene Vorschläge und unterbreiteten neue Konzepte für die Bewältigung der von allen geteilten Probleme. Dazu zählte die Migrationsvorbereitung, die Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen, die den Migranten die Anpassung erleichtern, sowie die Einführung von „Integrationsverträgen“ zwischen Migranten und den Behörden des Aufnahmelandes. Es wurde angeregt, im Anschluss an das Seminar von Rabat Folgetreffen unter Beteiligung von Experten und staatlichen Vertretern abzuhalten. Zur weiteren Entwicklung des Dialogs zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum sprachen sich die Teilnehmer für die Schaffung eines aus freiwilligen Beiträgen der Teilnehmer- und Partnerstaaten gespeisten Partnerschaftsfonds aus.

**Die Asien-Kontaktgruppe.** Unter bulgarischem Vorsitz verstärkten die asiatischen Partner ihre Arbeit, und die Anzahl der Sitzungen erhöhte sich von vier auf fünf. Außerdem ging man dazu über, vor den Sitzungen der Asien-Kontaktgruppe routinemäßig Vorbereitungsitzungen auf der Ebene der jeweiligen Kontaktstellen abzuhalten. Der bulgarische Vorsitz überprüfte auch die Tagesordnungen der Gruppen-sitzungen und veranlasste die Aufnahme eines neuen Punktes „aktuelle Fragen“. Unter diesem Tagesordnungspunkt informierte der Vorsitzende des Ständigen Rates die asiatischen Partner über jüngste Entwicklungen in der OSZE, und die Partner erhielten gleichzeitig Gelegenheit, die Teilnehmerstaaten über entsprechende Entwicklungen in ihrer Region zu informieren und Fragen von gegenseitigem Interesse zur Sprache zu bringen. Weitere Tagesordnungspunkte der Gruppe galten der OSZE/Korea-Konferenz über neue Bedrohungen der Sicherheit und ein neues Sicherheitsparadigma, einem Workshop über Menschenhandel im Juni in Thailand, Fragen der Terrorismusbekämpfung, der *OSZE-Konferenz von Córdoba über Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz* sowie Fragen der OSZE-Reform.

**Die OSZE/Korea-Konferenz.** Im April trafen rund 140 Vertreter aus OSZE-Teilnehmerstaaten und den Partnerstaaten in Asien und im Mittelmeerraum, internationalen Organisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen und NROs aus Asien und Europa mit Mitgliedern des ASEAN-Regionalforums als Beobachter in den Räumlichkeiten des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel der Republik Korea in Seoul zusammen. Sie erörterten im Rahmen der *OSZE/Korea-Konferenz über neue Bedrohungen der Sicherheit und ein neues Sicherheitsparadigma* Fragen im Zusammenhang mit neuen Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität sowie ein neues Sicherheitsparadigma in Nordostasien.

Die Konferenzteilnehmer analysierten eingehend die Sicherheitslage in Nordostasien unter Bezugnahme auf die europäischen Sicherheitsvereinbarungen und deren Zweckmäßigkeit für die Region. Die Teilnehmer machten mehrere interessante Vorschläge, die das OSZE-Sekretariat in einer Zusammenfassung der Konferenz wiedergab. Vorgeschlagen wurden unter anderem eine Intensivierung und Ausweitung der Beziehungen zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum in Sicherheitsfragen, etwa durch Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz, sowie die Schaffung eines effektiveren Sicherheitsrahmens für die Region und einer Kultur des Dialogs zwischen den nordostasiatischen Ländern. Die Teilnehmer befürworteten auch die im Bericht des Vorsitzenden der informellen Freundesgruppe für die Umsetzung des PC-Beschlusses 571 enthaltenen Empfehlungen, darunter etwa die Teilnahme asiatischer Partner an Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR, die Entsendung von Experten zu OSZE-Feldeinsätzen und die Beteiligung am Praktikantenprogramm der OSZE. Einige auf der Konferenz geäußerte Vorschläge wurden 2005 umgesetzt.

**Die Thailand-Konferenz über die Bekämpfung des Menschenhandels.** Thailand war am 16. und 17. Juni in Bangkok Gastgeber einer Konferenz zum Thema

*Weitergabe von Erfahrungen bei der Bekämpfung des Menschenhandels*, der über 75 Teilnehmer aus den OSZE-Teilnehmer- und Partnerstaaten sowie Vertreter von Mitgliedstaaten des ASEAN-Regionalforums und internationaler Organisationen beiwohnten. Erörtert wurden insbesondere der Menschenhandel in Asien und Europa, die Wichtigkeit gesetzlicher Maßnahmen und der Strafverfolgung für die Bekämpfung des Menschenhandels sowie regionale Lösungen und Modelle der Zusammenarbeit. Die Teilnehmer schlugen vor, die Schlussfolgerungen des Forums von Bangkok bei der Vorbereitung der OSZE/Thailand-Konferenz 2006 zu berücksichtigen.

**Das OSZE-Wahlunterstützungsteam in Afghanistan.** Nach der allerersten, erfolgreichen Entsendung eines Wahlunterstützungsteams zu den Präsidentenwahlen 2004 in Afghanistan beschloss der Ständige Rat am 7. Juli, erneut ein solches Team zur Unterstützung der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzräten Afghanistans vom 18. September zu entsenden. Mit diesem Beschluss reagierte der Ständige Rat auf unabhängig voneinander ergangene Einladungen an die OSZE seitens des Außenministers Afghanistans, Abdullah Abdullah, und des Vorsitzenden der Gemeinsamen Wahlaufsichtsbehörde, Bismillah Bissmil. Das Team stand unter der Leitung von Botschafter Craig Jenesse aus Kanada. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 26.)

Die fortgesetzte Unterstützung der OSZE für Afghanistan war ein Zeichen der Anerkennung der Bedeutung demokratischer Wahlen und der Stabilität im Land und ein wichtiger Beitrag zu diesen Wahlen, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Wahlen zur Nationalversammlung den mit den Empfehlungen von Bonn begonnenen Kreis schlossen.

**Treffen der Ministertrioika mit Vertretern der Partnerstaaten.** Wie schon bisher üblich, trafen die Minister der OSZE-Troika im Vorfeld des Dreizehnten Ministerratstreffens in Laibach mit den Partnern in Asien und im Mittelmeerraum zusammen. Die Diskussionen auf beiden Sitzungen waren lebhaft und dienten der Überprüfung der Arbeit der jeweiligen Kontaktgruppe sowie einem Gedankenaustausch über die weitere Vertiefung des gegenseitigen Dialogs angesichts der Konferenzen von Seoul und Bangkok und des Seminars in Rabat. Als besonders erwähnenswert ist zu berichten, dass sich die asiatischen Partner erstmals auf eine gemeinsame Erklärung einigten, die eine Reihe gemeinsamer Vorschläge über die Stärkung des Dialogs zwischen der OSZE und ihren asiatischen Partnern im Jahr 2006 enthielt. Die asiatischen Partner zeigten sich in ihrer Erklärung erfreut über die bedeutenden Entwicklungen in der Arbeit der Kontaktgruppe 2005 und äußerten ihre Hoffnung, dass sich diese Tendenz auch 2006 fortsetzen werde.

In der Erklärung wurden unter anderem folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Stärkung der OSZE-Unterstützung für asiatische Partner bei der Wahlbeobachtung, der Grenzkontrolle und dem Aufbau von Polizeikapazitäten; Stärkung der Asien-Kontaktgruppe und Konzentration auf Themenkreise wie die Sicherheit des Einzelnen. In Bezug auf das ASEAN-Regionalforum schlugen die asiatischen Partner vor,

mögliche Mechanismen zur Erreichung dieses Ziels zu prüfen, einschließlich möglicher gegenseitiger Besuche zwischen ihnen und der OSZE und eines regelmäßigen Dialogs. Auf der Sitzung mit den Mittelmeerpartnern begrüßte der belgische Außenminister die Vorschläge der Partner bezüglich Themen und Tagungsorten für künftige Mittelmeerseminare, Konferenzen und eines Workshops für junge Diplomaten aus Partnerländern sowie eines Expertentreffens über die Fragen Grenzsicherung, zivile Notfallplanung und Terrorismusbekämpfung. Es wurde betont, dass im Anschluss an das Mittelmeerseminar in Rabat entsprechende Folgemaßnahmen notwendig seien, unter anderem durch Schaffung einer Arbeitsgruppe für die weitere Prüfung der Empfehlungen und Vorschläge betreffend die Migration und durch Einrichtung eines freiwilligen Fonds für die Finanzierung von Partnerschaftsaktivitäten.